



Leben und Arbeiten in Thüringen

Ausgabe 2010

Zeichenerklärung

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
-	nichts vorhanden (genau Null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angabe fällt später an
/	Zahlenwert nicht sicher genug
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	Aussagewert eingeschränkt
r	berichtigte Zahl
p	vorläufige Zahl

Anmerkung: Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt

Telefon: 0361 37-84642/84647
Telefax: 0361 37-84699
Internet: www.statistik.thueringen.de
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de

Autoren:

Harald Hagn, Telefon: 0361 37-84110
Robert Kaufmann, Telefon: 0361 37-84118

Foto:

Umschlag: © Patrizia Tilly - Fotolia.com

Herausgegeben im November 2010

Bestell-Nr.: 41011
Heft-Nr.: 162 / 10
Preis: 7,50 Euro

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Die vorliegende Broschüre „Leben und Arbeiten in Thüringen“ ermöglicht eine aktuelle Betrachtung wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten im Freistaat. Sie beinhaltet sieben in sich geschlossene Abschnitte, welche weit reichende Informationen zu Thüringer Haushalts-, Einkommens-, Beschäftigungs- und Preisverhältnissen vermitteln.

Der erste Abschnitt verdeutlicht die Situation der Privaten Haushalte und der in ihnen lebenden Personen. Dabei werden die Haushalte und deren Mitglieder unter den Gesichtspunkten Haushaltsgröße, Altersgruppen und Geschlecht betrachtet. Weiterhin wird zwischen eher städtischen und überwiegend ländlichen Regionen und dem damit verbundenen Aufkommen von Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalten unterschieden. Schließlich werden noch die sozialen Beziehungen - wie z.B. die Kindersituation - zwischen den Haushaltsmitgliedern unter die Lupe genommen.

Nach dieser Zusammenfassung der Haushaltssituation beschäftigen sich die Abschnitte zwei und drei nun tiefer gehend mit der erwerbstätigen und der erwerbslosen Bevölkerung innerhalb der skizzierten Haushaltsformen.

Dabei werden im zweiten Abschnitt die Erwerbstätigen unter anderem nach Alter, Geschlecht und je Woche geleisteten Arbeitsstunden untersucht. Des Weiteren wird auch die Eingruppierung der Erwerbstätigen in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche sowie die Frage nach dem monatlichen Nettoeinkommen näher beleuchtet.

Ähnlich wie im vorhergehenden wird nun im dritten Abschnitt die Situation der erwerbslosen Haushaltsmitglieder analysiert. Zunächst wird die Entwicklung der Erwerbslosenquote in Bezug auf alters- und geschlechtsspezifische Merkmale im Vordergrund stehen um anschließend weitere interessante Gegebenheiten wie beispielsweise den erlangten Schulabschluss oder den Familienstand in Betracht zu nehmen. Der Schlussteil des dritten Abschnitts befasst sich mit der durchschnittlichen Dauer der Arbeitssuche und dem zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen.

Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit der zentralen Ressource der Haushalte zur Erreichung eines bestimmten Lebensstandards. Beim so genannten Haushaltsnettoeinkommen werden die Nettoeinkommen aller zum jeweiligen Haushalt zählenden Personen zusammengefasst. Der Vergleich von Einpersonen- versus Mehrpersonenhaushalte in Bezug auf verschiedenste Merkmale, z.B. den Haupteinkommensbezieher betreffend, wird die zentrale Thematik dieses Teils. Hierzu werden die Medianeinkommen der Thüringer Haushalte berechnet und miteinander verglichen. Die Unterscheidung der verschiedenen Einkommensgruppen nach Regionen sowie die Gegenüberstellung von kreisfreien Städten und Landkreisen hinsichtlich der Privathaushalte bestimmen das Ende dieses Kapitels.

Nachdem im vierten Abschnitt die Verteilung der Haushaltseinkommen in Thüringen selbst im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, werden nunmehr die Einkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Messung von Verteilungsungleichheit von Einkommen in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutsgefährdungsquoten.

Im Anschluß befasst sich der sechste Abschnitt mit dem Vergleich von sog. regionalen Preisniveaus. Hier werden die auf Kreisebene regionalisierten Preise für ausgewählte Güter dargestellt und unter dem Gesichtspunkt bestimmter regionaler Auffälligkeiten betrachtet. Des Weiteren werden die jeweiligen Erkenntnisse für Thüringen anhand diverser Abbildungen mit den benachbarten Bundesländern verglichen.

Im siebten und letzten Abschnitt dieser Broschüre wird eine Gegenüberstellung von Preisniveau und Einkommensniveau vorgenommen. Dabei wird sich zeigen, dass das Preisniveau die bestehende Einkommenslücke zwischen Thüringen bzw. Ostdeutschland und Westdeutschland deutlich verkleinert. Unterschiedliche Lebenshaltungskosten tragen somit zu einer Angleichung der regionalen Lebensverhältnisse bei.

Die Grundlage der in dieser Broschüre analysierten Ergebnisse ist der Mikrozensus - eine laufende Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit dem Hauptzweck, in regelmäßigen und kurzen Abständen die wichtigsten bevölkerungs- und arbeitsmarktstatistischen Strukturdaten und deren Veränderungen laufend zu ermitteln.

Lediglich die Abschnitte sechs und sieben beinhalten die Resultate der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung erarbeiteten Studie mit dem Schwerpunkt regionaler Preisindizes.

Erfurt, im November 2010

Günter Krombholz

Präsident
des Thüringer Landesamtes für Statistik

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	1
Haushalte und Lebensformen 2008 in Thüringen	4
Erwerbstätigkeit 2008 in Thüringen	12
Erwerbslosigkeit 2008 in Thüringen	19
Haushaltseinkommen und Einkommensverteilung 2008 in Thüringen	26
Nettoeinkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2008 im Bund-Länder-Vergleich	33
Das regionale Preisniveau	41
Thüringen im bundesweiten Vergleich	51

Haushalte und Lebensformen 2008 in Thüringen

Der vorliegende Beitrag liefert differenzierte Daten zur Entwicklung und den Strukturen von Haushalten und Lebensformen in Thüringen. Haushalte sind dabei alle Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und wirtschaftliche Einheiten bilden. Die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern von Haushalten sind die Grundlage für die Bestimmung von Lebensformen. Derartige Lebensformen können aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen zählen Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, allein erziehende Elternteile sowie alleinstehende Personen. Datenquelle ist der Mikrozensus, die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa.

Durchschnittliche Haushaltsgröße deutlich gesunken

Im Jahresdurchschnitt 2008 gab es in Thüringen rund 1 134 000 private Haushalte. In ihnen lebten in etwa 2 276 000 Personen. Die Anzahl der privaten Haushalte stieg damit seit 1998 um 57 600 bzw. 5,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die Anzahl der in privaten Haushalten lebenden Personen um rund 181 700 bzw. 7,4 Prozent. Das Ansteigen der Anzahl der privaten Haushalte bei einer gleichzeitigen Verminderung der darin lebenden Personen hatte zwangsläufig eine Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zur Folge: Während im Jahr 1998 noch durchschnittlich 2,3 Personen in einem Thüringer Haushalt lebten, waren es zehn Jahre später nur noch 2,0 Haushaltsmitglieder je Haushalt.

Deutlicher Trend zu kleineren Haushalten

Die unterschiedliche Entwicklung der Anzahl der privaten Haushalte und der in ihnen lebenden Personen zeigt sich auch an einer veränderten Struktur kleiner und großer Haushalte. So ist in den vergangenen zehn Jahren ein deutlicher Trend hin zu kleineren Haushalten zu erkennen, wobei die Zunahme bei den Einpersonenhaushalten mit 30,2 Prozent deutlich stärker ausfiel als bei den Zweipersonenhaushalten. Letztere nahmen zwischen den Jahren 1998 und 2008 um „lediglich“ 18,5 Prozent zu. Rückläufig war hingegen die Anzahl der Haushalte mit drei und mehr Personen. Am stärksten nahmen die Haushalte mit fünf und mehr Personen ab. Deren Anzahl verminderte sich um 42,9 Prozent auf rund 22 000 Haushalte. Die Anzahl der Haushalte mit vier Personen ging um 39,1 Prozent auf 88 000 zurück und die der Dreipersonenhaushalte nahm um 15,1 Prozent ab. In den 184 000 Thüringer Dreipersonenhaushalten lebten im Jahr 2008 noch rund 551 000 Personen.

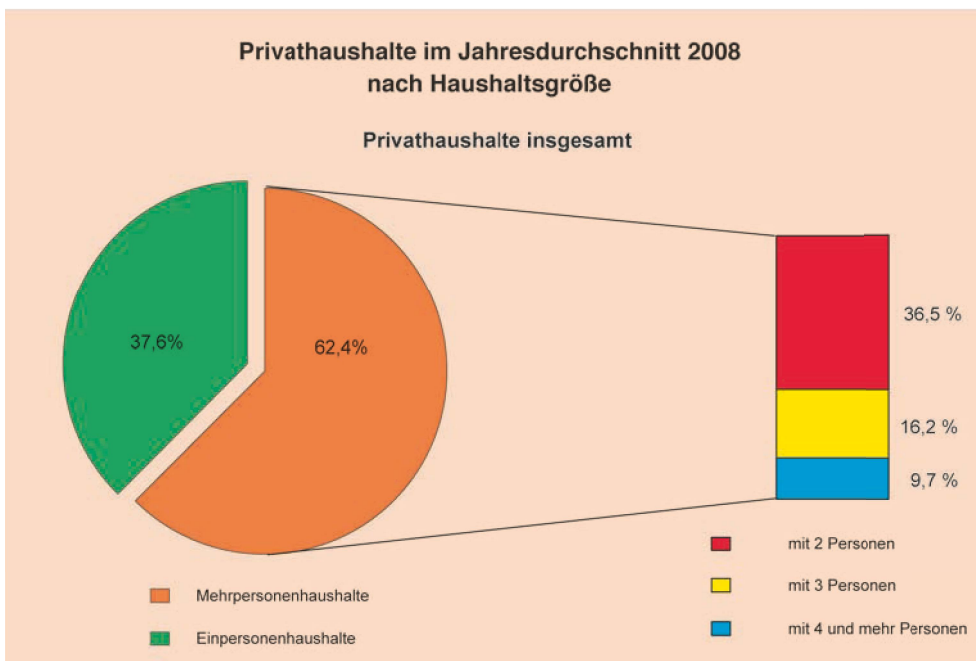
Im Jahr 2008 bestanden im Thüringer Durchschnitt deutlich mehr als ein Drittel aller privaten Haushalte (37,6 Prozent) aus nur einer Person. Die Anteile der Zwei- und Dreipersonenhaushalte betragen 36,5 bzw. 16,2 Prozent. Weitere 7,8 Prozent der privaten Haushalte bestanden aus vier Personen und 1,9 Prozent aus fünf und mehr Personen.

Privathaushalte 2008 nach Haushaltsgröße, Altersgruppen und Geschlecht des Haupteinkommensbeziehers

Alter des Haupteinkommensbeziehers von ... bis unter ... Jahren	Ins-gesamt	Davon					Haushaltsmitglieder	
		Einper-sonen-haus-halte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen				Ins-gesamt	je Haushalt
			zu-sammen	2	3	4 und mehr		
1000								Per-sonen
unter 20	6	5	/	/	/	/	9	1,42
20 - 25	53	32	21	13	5		85	1,59
25 - 30	79	39	40	22	13	5	144	1,82
30 - 35	71	27	44	15	18	13	161	2,26
35 - 40	94	30	63	16	22	26	235	2,51
40 - 45	119	32	87	23	37	28	307	2,58
45 - 50	112	27	85	29	35	21	281	2,50
50 - 55	104	27	78	43	25	9	226	2,17
55 - 60	100	28	72	55	13	/	195	1,94
60 - 65	67	22	45	38	7	/	120	1,79
65 und mehr	327	156	170	158	10	/	511	1,56
Insgesamt	1134	426	708	414	184	110	2276	2,01

Der regionale Vergleich zeigt jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den eher städtisch geprägten Landesteilen auf der einen Seite und den überwiegend ländlichen Regionen andererseits: In den kreisfreien Städten Thüringens lag der Anteil der Einpersonenhaushalte bei 45,5 Prozent. Dabei reicht die Spanne von 35,0 Prozent in Suhl bis 52,8 Prozent in Weimar. In den eher ländlich geprägten Landkreisen des Freistaats lag der Anteil der Einpersonenhaushalte im Durchschnitt bei 34,5 Prozent. Vergleichsweise niedrig war der Anteil der Einpersonenhaushalte im Landkreis Sömmerda (24,3 Prozent), relativ hoch dagegen im Ilm-Kreis (41,2 Prozent).

Städte mit höherem Anteil an Einpersonenhaushalten



In etwa vergleichbares Niveau bei Zweipersonenhaushalten

Auf einem in etwa vergleichbaren Niveau liegt in den kreisfreien Städten und Landkreisen des Freistaats der Anteil der Haushalte mit zwei Personen (34,9 bzw. 37,1 Prozent). Mit Abstand am niedrigsten war er in der kreisfreien Stadt Weimar mit 25,0 Prozent, gefolgt vom Landkreis Hildburghausen mit 29,0 Prozent. In den Landkreisen Greiz und Gotha (43,1 bzw. 41,4 Prozent) sowie in der kreisfreien Stadt Suhl (40,0 Prozent) wurden die höchsten Anteile verbucht.

Durchschnittliche Haushaltsgröße in Erfurt und Weimar am niedrigsten

Auch in der durchschnittlichen Haushaltsgröße finden diese Relationen ihren Niederschlag. Die kreisfreien Städte Erfurt und Weimar verbuchen mit jeweils 1,8 Mitgliedern je Haushalt die niedrigsten Werte. Dagegen werden im südthüringischen Hildburghausen sowie im nordthüringischen Sömmerda mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,4 bzw. 2,3 Personen die höchsten Werte verzeichnet. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte waren es 1,8 Mitglieder je Haushalt und in den Landkreisen durchschnittlich 2,1 Mitglieder je Haushalt.

Sehr hoher Anstieg der Einpersonenhaushalte in Jena und Weimar

In den vergangenen zehn Jahren blieb die Anzahl der Einpersonenhaushalte in den kreisfreien Städten Suhl und Gera nahezu konstant. Sehr deutliche Steigerungen hingegen verbuchten Jena und Weimar (+ 71,4 bzw. + 72,7 Prozent). Im Durchschnitt aller kreisfreien Städte im Freistaat erhöhte sich die Anzahl der Einpersonenhaushalte um 34,0 Prozent. Etwas geringer dagegen der Anstieg in den Thüringer Landkreisen. Hier stieg die Anzahl der Haushalte mit nur einer Person um durchschnittlich 26,2 Prozent. Die höchsten Zuwachsraten bei den Einpersonenhaushalten verzeichneten die Landkreise Altenburger Land, Ilm-Kreis und Schmalkalden-Meiningen. Hier betrug der Anstieg der Einpersonenhaushalte zwischen 40,0 und 68,8 Prozent. Alle drei Landkreise verbuchten somit Zuwachsraten, die weit über dem Landesdurchschnitt von 30,2 Prozent lagen.

Deutlich mehr Zweipersonenhaushalte in ländlichen Regionen

Bei den Zweipersonenhaushalten waren vor allem in den ländlichen Regionen des Freistaates Zuwächse zu verzeichnen. Hier lagen insbesondere die Landkreise Greiz (+ 38,9 Prozent) und Nordhausen (+ 41,7 Prozent) deutlich über dem Durchschnitt aller Landkreise (+ 19,6 Prozent). In den kreisfreien Städten war der Anstieg mit 13,5 Prozent dagegen deutlich geringer. Während Jena (+ 57,1 Prozent), Erfurt (+ 14,7 Prozent) und Gera (+ 4,8 Prozent) Zuwächse verbuchten, wurde in Weimar ein Minus von 10,0 Prozent registriert.

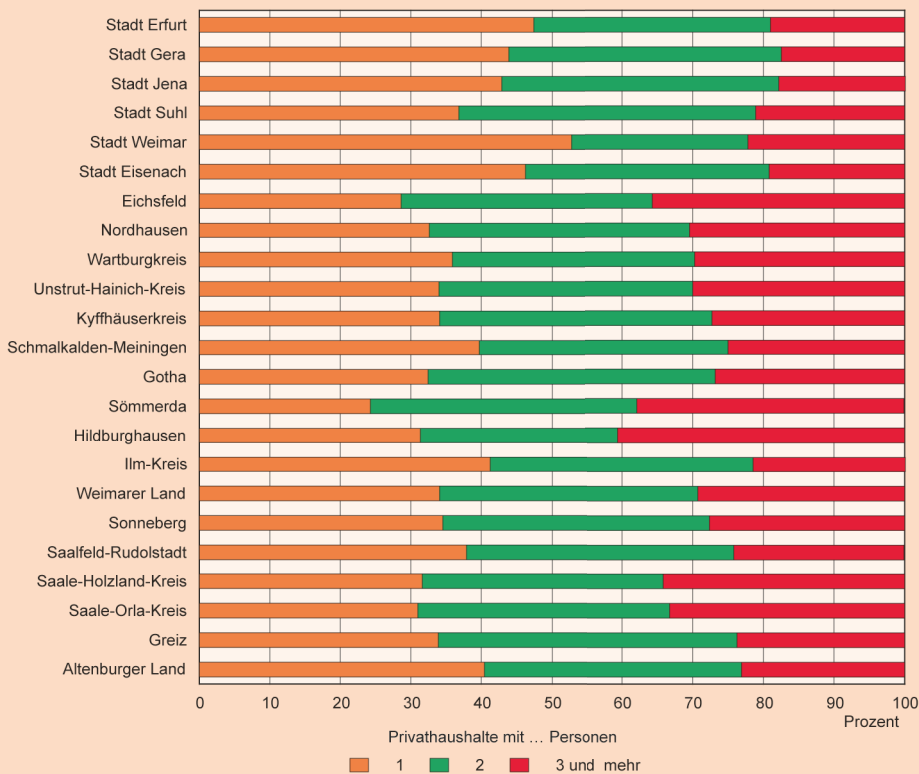
Haushalte mit vier und mehr Personen in allen Teilen Thüringens rückläufig

Im Hinblick auf die Dreipersonenhaushalte wurde lediglich im Saale-Orla-Kreis eine Zunahme (+ 25,0 Prozent) registriert. Ansonsten bewegten sich die Veränderungsraten in allen Kreisen des Freistaates zwischen 0,0 und Minus 33,3 Prozent. Im Durchschnitt fiel der Rückgang in den kreisfreien Städten mit einem Minus von 20,4 Prozent deutlich höher aus als in den Landkreisen mit einem Minus von 13,6 Prozent. Bei den Haushalten mit vier oder mehr Personen wurden in allen Teilen Thüringens Rückgänge verzeichnet. Auch hier war die Abnahme in den kreisfreien Städten mit einem Minus von 39,4 Prozent relativ gleich stark ausgeprägt als in den Landkreisen mit einem Minus von 39,6 Prozent.

Durchschnittliche Haushaltsgröße fast überall rückläufig

In den vergangenen zehn Jahren verminderte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in den kreisfreien Städten des Freistaates von 2,0 auf 1,8 Personen. In den Thüringer Landkreisen ging sie von 2,4 auf 2,1 Personen zurück. Am deutlichsten verminderte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße im Landkreis Eichsfeld mit einem Rückgang von 2,9 auf 2,3 Personen je Haushalt. Dagegen wurde im Landkreis Hildburghausen sogar eine leichte Zunahme von 2,3 auf 2,4 Personen je Haushalt registriert.

**Privathaushalte im Jahresdurchschnitt 2008
nach Haushaltsgröße**



In Thüringen gab es im Jahresdurchschnitt 2008 rund 426 000 Einpersonenhaushalte, das waren 37,6 Prozent aller Haushalte. Damit lebten 18,7 Prozent der Thüringer Bevölkerung alleine. Der prozentuale Anteil der allein Lebenden an der Bevölkerung lag bei den Frauen im Freistaat mit 19,7 Prozent um genau zwei Prozentpunkte über der Alleinlebendenquote der Männer (17,7 Prozent). Dies bedeutet, dass im Durchschnitt beinahe jede fünfte Frau, aber nur zwei von elf Männern alleine lebten. In den vergangenen zehn Jahren nahm die Zahl der Single-Haushalte in Thüringen um 30,2 Prozent zu. Im Jahr 1998 waren von den damals vorhandenen 1 076 400 Haushalten 327 200 Einpersonenhaushalte. Der Anteil der allein lebenden Bevölkerung lag bei 13,3 Prozent. Zu jener Zeit lebten 199 100 Frauen bzw. 15,8 Prozent der weiblichen Bevölkerung und 128 100 Männer bzw. 10,7 Prozent der männlichen Bevölkerung alleine.

**Fast jede fünfte
Thüringerin lebt
allein**

Bei den 15 bis unter 25-jährigen sind die Alleinlebendenquoten - d.h. der Anteil der Alleinlebenden an der jeweiligen Bevölkerung - in diesem Alter mit insgesamt 14,1 Prozent noch verhältnismäßig gering. Der Grund hierfür ist, dass in diesem Alter noch ein Großteil der Heranwachsenden im elterlichen Haushalt lebt. In der nächst höheren Altersgruppe der 25- bis unter 35-jährigen ist der Anteil der allein Lebenden bereits deutlich höher. Hier leben bereits 16,9 Prozent der Frauen und 33,3 Prozent der Männer alleine. In den Altersgruppen der 35- bis unter 45-jährigen sowie den 45- bis unter 55-jährigen liegt der Anteil der allein lebenden Männer mit 27,5 bzw. 16,0 Prozent ebenfalls über jenem der allein lebenden Frauen (8,0 bzw. 12,5 Prozent).

**Bei den mittleren
Altersgruppen leben
mehr Männer als
Frauen allein**

In der Altersgruppe der 55- bis unter 65-jährigen leben bereits mehr Frauen (19,6 Prozent) als Männer (14,0 Prozent) alleine. Mit zunehmendem Alter verliert das allein Leben als Lebensform bei den Männern an Bedeutung. Lediglich 15,2 Pro-

Mehr als zwei Fünftel der über 65-jährigen Frauen leben allein

zent der über 65-jährigen Männer in Thüringen leben allein. Im Gegensatz hierzu erreicht die Alleinlebendenquote bei den über 65-jährigen Frauen einen Wert von 41,9 Prozent. Für dieses starke Auseinanderdriften der Alleinlebendenquoten der über 65-jährigen Frauen und Männer dürfte insbesondere die höhere Lebenserwartung von Thüringer Frauen verantwortlich zeichnen.¹⁾

Die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts sind die Grundlage für die Bestimmung von Lebensformen. Eine derartige Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen zählen im Mikrozensus Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, allein erziehende Elternteile sowie allein stehende Personen.

Mehr kinderlose Ehepaare als Ehepaare mit Kindern

Im Jahresdurchschnitt 2008 lebten in Thüringen 526 000 Ehepaare. Seit dem Jahr 1998 ist die Anzahl der Ehepaare landesweit um 76 000 bzw. 12,6 Prozent zurückgegangen. Zum ersten Mal war im Jahr 2002 die Anzahl der Ehepaare ohne ledige Kinder mit 289 000 höher als diejenige der Ehepaare mit ledigen Kindern (286 000). Mit 308 000 Ehepaaren ohne ledige Kinder zu 219 000 Ehepaaren mit ledigen Kindern hat sich diese Relation bis zum Jahr 2008 sehr deutlich zugunsten der kinderlosen Ehepaare verschoben. Innerhalb von zehn Jahren erhöhte sich die Anzahl der Ehepaare ohne ledige Kinder um 12,0 Prozent, während die der Ehepaare mit ledigen Kindern um 33,2 Prozent zurückging.

Lebensformen ohne und mit ledigen Kindern 2005 bis 2008

Jahr	Ehepaare			Lebensgemeinschaften ^{*)}			Alleinerziehende	Alleinstehende
	insgesamt	ohne ledige Kinder	mit ledigen Kindern	insgesamt	ohne ledige Kinder	mit ledigen Kindern		
	1000							
2005	537	285	252	78	37	41	88	442
2006	532	297	236	73	37	36	92	470
2007	526	303	223	79	39	39	92	470
2008	526	308	219	87	44	43	85	455

^{*)} nichteheliche und gleichgeschlechtliche

Anzahl der Lebensgemeinschaften deutlich gestiegen

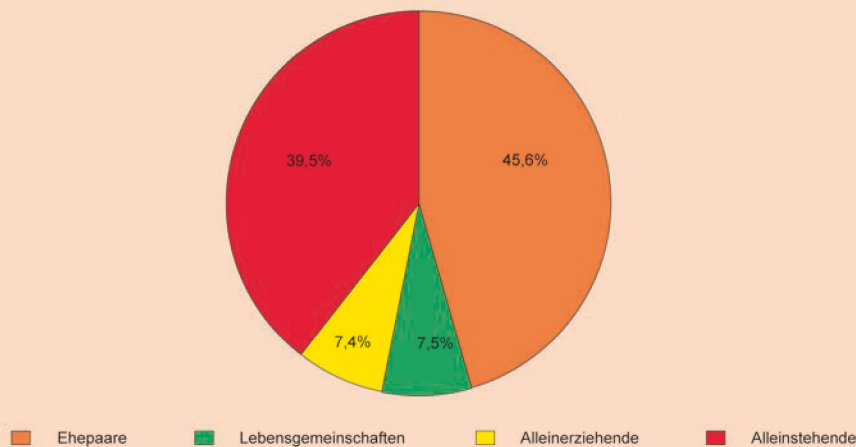
In Thüringen hat in den vergangenen Jahren das Zusammenleben in Partnerschaften ohne kirchliche oder staatliche Sanktionierung an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2008 gab es im Freistaat rund 87 000 (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften. Gegenüber 2005 nahm die Anzahl der Lebensgemeinschaften um 11,5 Prozent zu. Der Anteil der Lebensgemeinschaften – bezogen auf die Anzahl aller Lebensformen²⁾ in Thüringen - stieg im gleichen Zeitraum von 6,8 Prozent auf 7,5 Prozent.

Im Jahr 2008 waren jeweils 70,9 Prozent der in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebenden Frauen und Männer ledig, 18,6 Prozent der Frauen und 22,1 Prozent der Männer geschieden sowie 11,6 Prozent der Frauen und 7,0 Prozent der Männer verwitwet oder lebten von ihrem Lebenspartner getrennt. Fast ein Fünftel der Frauen (19,8 Prozent) in nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren jünger als 25 Jahre, 58,1 Prozent gehörten der Altersgruppe der 25- bis unter 45-jährigen an und 22,1 Prozent waren 45 Jahre oder älter.

1) Entsprechend der abgekürzten Sterbetafel 2006/2008 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung eines 65-jährigen Thüringers weitere 16,34 Jahre. Bei einer gleichaltrigen Thüringerin sind es hingegen 19,76 Jahre.

2) Ehepaare, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende und Alleinstehende

Lebensformen im Jahresdurchschnitt 2008 nach Lebensformtyp

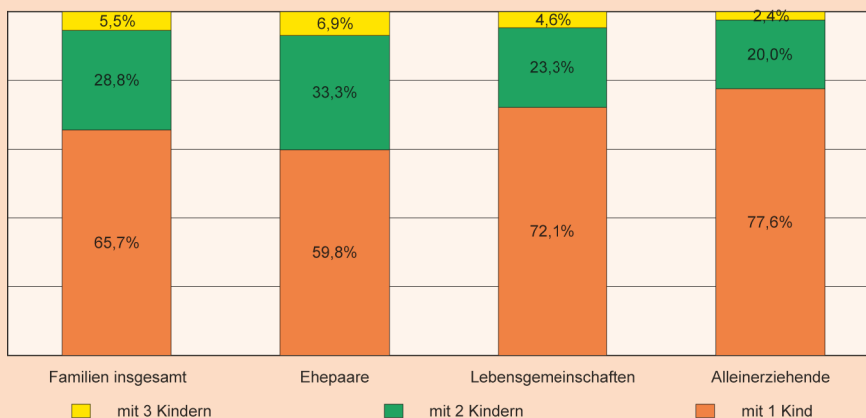


Männer, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebten, waren im Durchschnitt etwas älter als Frauen. Von ihnen waren 8,0 Prozent jünger als 25 Jahre, fast zwei Drittel (65,9 Prozent) gehörten der mittleren Altersgruppe (25 bis unter 45 Jahre) an und mehr als ein Viertel (26,1 Prozent) waren 45 Jahre oder älter.

Als Alleinerziehende werden im Mikrozensus Mütter und Väter bezeichnet, die ohne Ehe- oder Lebenspartner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammen leben. Im Jahresdurchschnitt 2008 lebten in Thüringen rund 85 000 allein erziehende Mütter und Väter mit 108 000 ledigen Kindern, darunter 61 000 Minderjährigen. Mit rund 74 000 machten die Frauen den weit überwiegenden Anteil der Alleinerziehenden aus (87,1 Prozent). Von ihnen wurden 94 000 Kinder versorgt, darunter 57 000 Minderjährige. Gut drei Viertel (76,6 Prozent) der allein erziehenden Frauen versorgten ein Kind, ein Fünftel (20,5 Prozent) zwei Kinder und der Rest (2,9 Prozent) drei und mehr Kinder. Bei den Männern überwog mit 83,3 Prozent ebenfalls der Anteil der Väter mit einem zu versorgenden Kind und ein Sechstel (16,7 Prozent) der Väter hatten zwei oder mehr Kinder zu versorgen. Seit dem Jahr 1998 sank die Anzahl der Alleinerziehenden um 17,4 Prozent bei den Frauen und um 34,1 Prozent bei den Männern. Im gleichen Zeitraum sank die Anzahl der bei Alleinerziehenden lebenden ledigen Kinder um 27,2 Prozent.

Alleinerziehende weit überwiegend Frauen

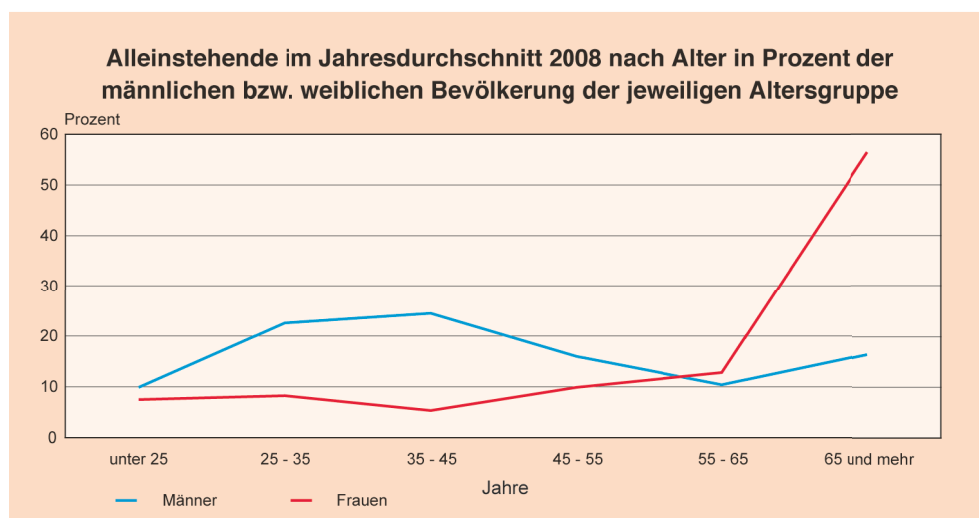
Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren im Jahresdurchschnitt 2008 nach Familientyp und Anzahl der ledigen Kinder



Alleinstehende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die im Ein- oder Mehrpersonenhaushalt ohne Ehe- oder Lebenspartner und ohne ledige Kinder leben. Sie können sich den Haushalt mit verwandten Personen teilen, wie etwa dem Bruder oder der Schwester. Desgleichen können sie in einem Haushalt mit familienfremden Personen leben, beispielsweise in einer Studentenwohngemeinschaft.

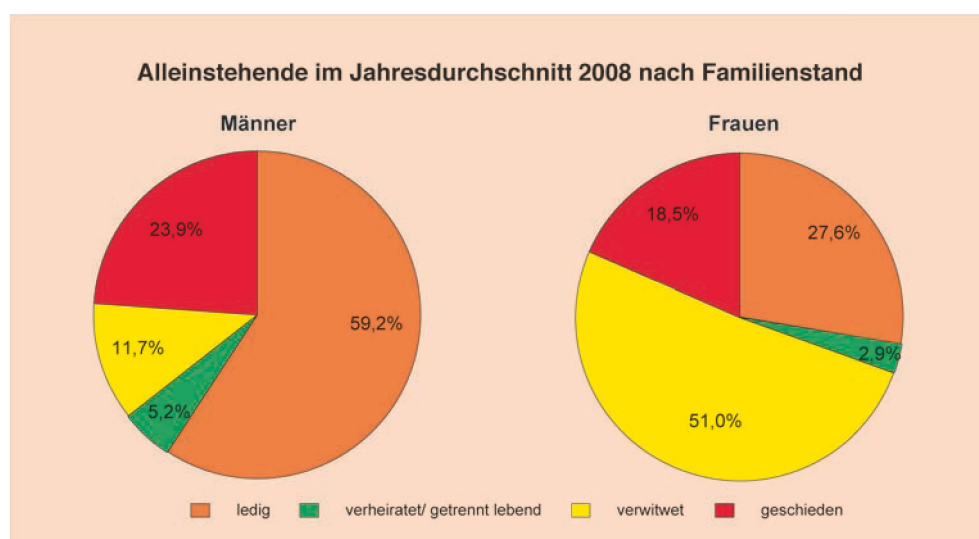
Jede fünfte Person in Thüringen allein stehend

Thüringenweit stieg die Anzahl der Alleinstehenden in den letzten zehn Jahren um 17,6 Prozent auf 455 000. Damit war im Jahr 2008 etwa jede fünfte Person (20,2 Prozent) allein stehend. Hiervon waren 243 000 Frauen und 212 000 Männer. Seit dem Jahr 1998 sank die Anzahl allein stehender Frauen um 12,6 Prozent, während sich die Anzahl allein stehender Männer um 94,5 Prozent erhöhte. Dementsprechend sank der Anteil der Frauen an den Alleinstehenden, der im Jahr 1998 noch bei 71,8 Prozent gelegen hatte, auf 53,4 Prozent im Jahr 2008.



Mehr als die Hälfte der allein stehenden Frauen ist verwitwet

Deutlich zeigen sich die Unterschiede zwischen allein stehenden Frauen und Männern am Familienstand: Im Jahr 2008 waren 51,0 Prozent dieser Frauen verwitwet, 27,6 Prozent ledig, 18,5 Prozent geschieden und 2,9 Prozent verheiratet getrennt lebend. Die allein stehenden Männer wiesen eine ganz andere Reihenfolge auf: Hier überwogen mit 59,2 Prozent die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 23,9 Prozent, den Verwitweten mit 11,7 Prozent und den getrennt lebend Verheirateten mit 5,2 Prozent.



Sechs von zehn Kindern bei ihren verheirateten Eltern

Für die Entwicklung der Haushaltszahlen sowie die Veränderung der Haushaltsgröße ist die Kinderzahl von Familien von großer Bedeutung. Zu den Kindern zählen im Rahmen des Mikrozensus alle ledigen Personen, die mit ihren leiblichen oder Stief-, Pflege-, und Adoptiveltern bzw. einem entsprechenden Elternteil in einem Haushalt zusammenleben. Im Jahresdurchschnitt 2008 lebten bezogen auf Thüringen 490 000 Kinder, davon 281 000 unter 18 Jahren, bei ihren Eltern oder Elternteilen. Etwa sechs von zehn Kindern unter 18 Jahren (172 000 bzw. 61,2 Prozent) wuchsen bei ihren verheiratet zusammenlebenden Eltern, 49 000 bzw. 17,4 Prozent in nichtehelichen Lebensgemeinschaften und 61 000 bzw. 21,7 Prozent bei einem allein erziehenden Elternteil auf.

Familien und Familienmitglieder 2008 nach Familientyp und Alter der ledigen Kinder

Alter der ledigen Kinder von ... bis ... unter Jahren *)	Familien		Familienmitglieder					
	Ins-gesamt	mit ledigen Kindern unter 18 Jahren	Ins-gesamt	je Familie	in Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren	je Familie mit ledigen Kindern unter 18 Jahren	darunter ledige Kinder unter 18 Jahren	
							zu-sammen	je Familie
	1 000		Per-sonen	1 000	Per-sonen	1 000	Per-sonen	
unter 3	47	47	160	3,37	160	3,37	75	1,59
3 - 6	45	45	159	3,56	159	3,56	76	1,70
6 - 10	61	61	222	3,65	222	3,65	107	1,76
10 - 15	59	59	216	3,65	216	3,65	98	1,66
15 - 18	50	50	178	3,58	178	3,58	75	1,50
unter 18	200	200	667	3,33	667	3,33	281	1,41
18 - 27	137	29	446	3,26	121	4,18	34	1,18
27 Jahre und mehr	46	/	133	2,90	/	/	/	/
18 Jahre und mehr	176	30	553	3,15	124	4,18	35	1,18
Insgesamt	346	200	1 097	3,17	667	3,33	281	1,41

*) Familien mit mindestens einem Kind der jeweiligen Altersgruppe und ggf. weiteren Kindern anderer Altersgruppen

Die durchschnittliche Kinderzahl gibt das Verhältnis zwischen der Anzahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren zur Anzahl der Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren an. Im Jahr 2008 gab es in Thüringen 200 000 Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren. Da von diesen Familien 281 000 minderjährige Kinder betreut wurden, lebten im landesweiten Durchschnitt 1,41 ledige Kinder unter 18 Jahren in Familien mit solchen Kindern. Im Jahr 1998 wurden von Thüringer Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren noch durchschnittlich 1,50 Kinder dieses Alters betreut.

Durchschnittliche Kinderzahl gesunken

Von den im Jahresdurchschnitt 2008 in Thüringen in einer Familie lebenden 490 000 ledigen Kindern waren 97 000 unter 6 Jahre alt. Weitere 132 000 Kinder waren im Alter zwischen 6 bis unter 15 Jahren. Von den 52 000 Kindern zwischen 15 und 18 Jahren waren 9 000 bereits erwerbstätig und von den 159 000 volljährigen Kindern waren 93 000 noch in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung. Die langen Ausbildungszeiten legen die Vermutung nahe, dass Kinder in Thüringen das Elternhaus immer später verlassen. Tatsächlich zeigen die im Rahmen des Mikrozensus gewonnenen Ergebnisse, dass im Jahr 2008 mehr als vier von zehn Kindern (42,4 Prozent), die noch bei den Eltern lebten, bereits volljährig waren. Zehn Jahre zuvor waren es noch drei von zehn Kindern (31,1 Prozent).

Erwerbstätigkeit 2008 in Thüringen

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Thüringen. Als Erwerbstätige zählen dabei alle Personen, die irgendeinem Erwerb, sei es auch nur kleinsten Umfangs, nachgehen, gleichgültig ob sie hieraus ihren überwiegenden Lebensunterhalt bestreiten oder nicht. Die nachgewiesenen Ergebnisse entstammen dem Mikrozensus, der als wichtigste amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit in jährlichem Rhythmus eine Vielzahl von Variablen über sozioökonomische Entwicklungen bereitstellt und dergestalt eine differenzierte Betrachtung demographischer Strukturen und der Entwicklung des Arbeitsmarktes ermöglicht.

Erwerbsbeteiligung seit 1991 leicht rückläufig

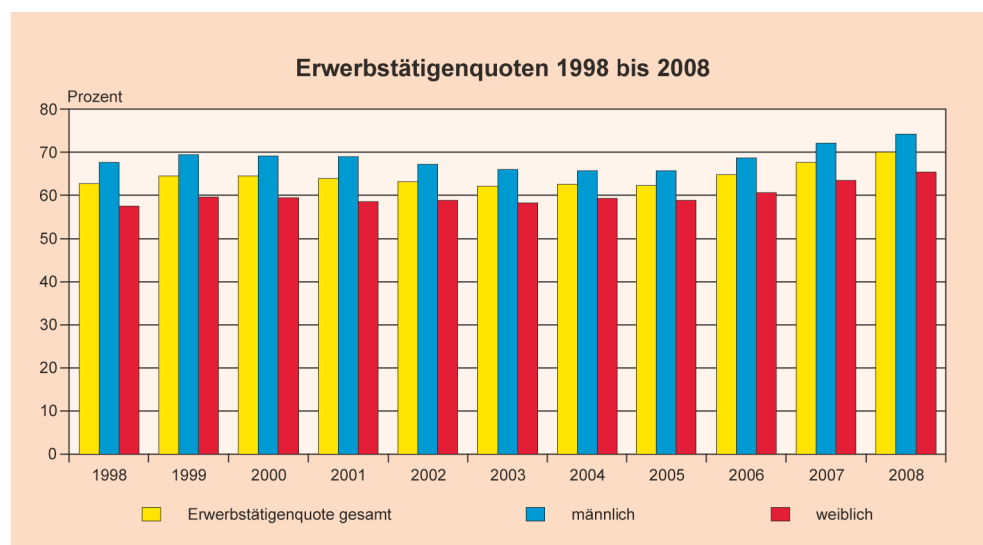
Die Bevölkerung des Freistaates Thüringen gliedert sich nach dem so genannten „Erwerbskonzept“ des Mikrozensus in Erwerbspersonen, das heißt Personen, die sich als Erwerbstätige oder Erwerbslose am Erwerbsleben beteiligen und in Nichterwerbspersonen. Die Beteiligung der Thüringer am Erwerbsleben hat seit Beginn der neunziger Jahre leicht abgenommen, denn der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung hat sich von 55,0 Prozent im Jahr 1991 auf 53,5 Prozent im Jahr 2008 vermindert. Der Anteil der Nichterwerbspersonen, hierzu zählen alle Personen, die weder erwerbstätig sind noch eine Erwerbstätigkeit suchen (z.B. Schulkinder, Nurhausfrauen und Rentner), ist seit 1991 dementsprechend größer geworden.

Mehr als 1 Million Erwerbstätige

Im Rahmen des Mikrozensus werden die Erwerbstätigen am Wohnort dargestellt. Im Jahresdurchschnitt 2008 betrug die Anzahl der Erwerbstätigen als Teilgruppe der Erwerbspersonen 1 088 000 Personen. Davon waren 596 000 Männer und 492 000 Frauen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Erwerbstätigen um insgesamt 21 000 Personen bzw. 2,0 Prozent.

Erwerbstätigenquote gegenüber Vorjahr erheblich gestiegen

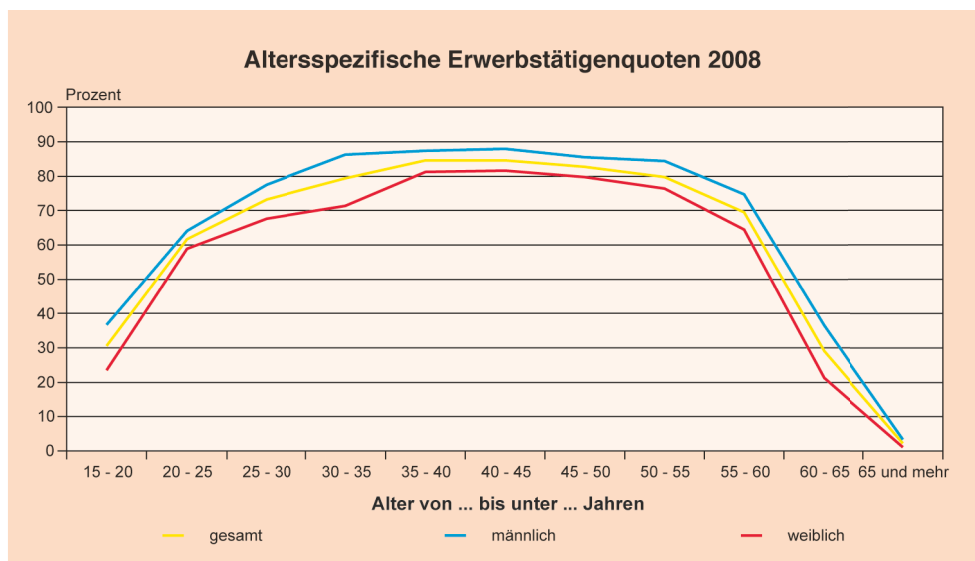
Die Erwerbstätigenquote, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung, wird üblicherweise für die so genannte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, d.h. für die Altersgruppe der 15 bis unter 65-Jährigen ausgewiesen. Diese Erwerbstätigenquote belief sich im Jahr 2008 auf 70,0 Prozent. Sie war bei den Männern mit 74,3 Prozent deutlich höher als bei den Frauen mit 65,5 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ist die Erwerbstätigenquote sowohl bei den Männern (+ 2,2 Prozentpunkte) als auch bei den Frauen (+ 2,0 Prozentpunkte) nicht unerheblich angestiegen. Noch im Jahr 2007 belief sie sich insgesamt auf 67,7 Prozent.



Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit verlief in den letzten zehn Jahren bei Männern und Frauen ähnlich:¹⁾

Nachdem die Erwerbstätigenquote der Männer zunächst zwischen 1998 und 1999 von 67,6 Prozent auf 69,4 Prozent anstieg, sank sie in den Folgejahren bis auf 65,7 Prozent im Jahr 2005. Seither ist eine steile Aufwärtsentwicklung zu beobachten. Zwischen 2005 und 2008 stieg die Erwerbstätigenquote der Männer um beträchtliche 8,6 Prozentpunkte auf 74,3 Prozent.

Auch bei den Frauen war zwischen 1998 und 1999 zunächst ein Anstieg der Erwerbstätigenquote zu beobachten und zwar von 57,5 auf 59,6 Prozent. Bis zum Jahr 2005 sank sie dann allmählich wieder bis auf 58,9 Prozent ab. Die dann einsetzende Verbesserung der Beschäftigungssituation führte in den Folgejahren zu einem fortwährenden Anstieg der Erwerbstätigenquote der Frauen. Im Jahr 2008 betrug sie schließlich 65,5 Prozent.



Die höchsten Erwerbstätigenquoten zeigten sich im Jahr 2008 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen bei den 40 bis unter 45-Jährigen (Insgesamt: 84,5 Prozent, Männer: 87,9 Prozent, Frauen: 81,7 Prozent), wobei die Unterschiede zu den angrenzenden Altersstufen eher gering waren. Im Haupterwerbsalter (25 bis unter 55 Jahre) lag die Erwerbstätigenquote der Frauen um 7,9 Prozentpunkte unter jener der Männer. Bei den 15 bis unter 20-Jährigen ist die Erwerbsbeteiligung von jungen Frauen um 13,1 Prozentpunkte niedriger, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil wohl deshalb, weil eine betriebliche Ausbildung, die mehr von jungen Männern wahrgenommen wird, bereits als Erwerbstätigkeit zählt. Unter den 20 bis unter 25-Jährigen waren 64,1 Prozent der Männer gegenüber 58,9 Prozent der Frauen erwerbstätig. Besonders auffällig ist die Differenz in den Erwerbstätigenquoten bei den 60 bis unter 65-Jährigen. Sie lag bei den Frauen dieser Altersstufe bei 21,3 Prozent und bei den Männern bei 36,5 Prozent. Hierfür mag insbesondere das im Durchschnitt frühere Renteneintrittsalter der Frauen ausschlaggebend sein.

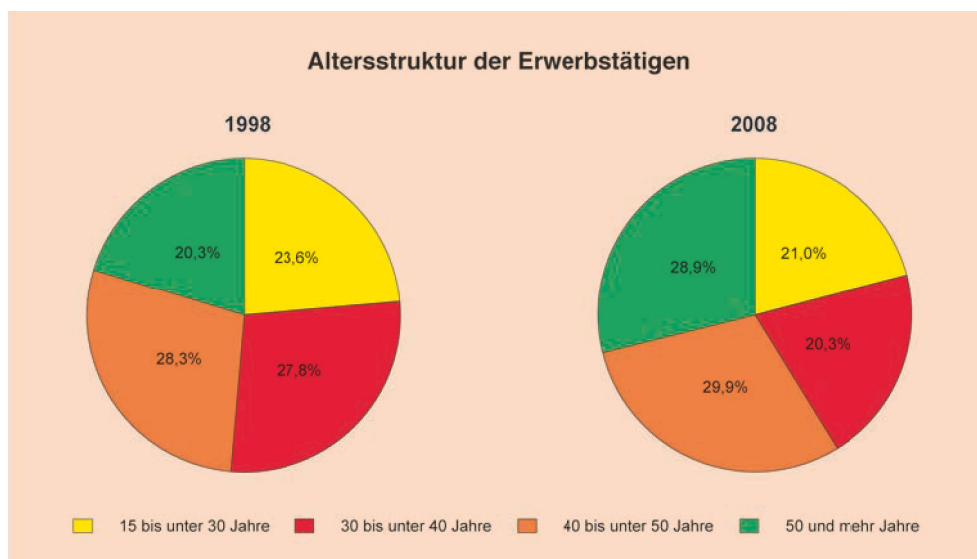
40 bis unter 45-Jährige mit der höchsten Erwerbstätigenquote

Bedingt durch die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, aber auch durch demografische Effekte, ergaben sich in den vergangenen zehn Jahren Veränderungen

Anteil der älteren Erwerbstätigen gestiegen

¹⁾ Zu beachten ist, dass die ab dem Jahr 2005 ausgewiesenen Werte nicht direkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind, weil das Erhebungskonzept des Mikrozensus von einer festgelegten Berichtswoche auf eine kontinuierliche Erhebung während des ganzen Jahres umgestellt wurde. Ab dem Jahr 2005 werden deshalb Jahresdurchschnitte ausgewiesen, während sich die Angaben aus den davor liegenden Jahren auf eine Berichtswoche des jeweiligen Jahres beziehen.

in der Altersstruktur der Erwerbstätigen. Im Jahr 2008 stellten Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis unter 30 Jahren nur noch 21,0 Prozent der gesamten Erwerbstätigen gegenüber 23,6 Prozent im Jahr 1998. Noch stärker der Rückgang bei den 30 bis unter 40-Jährigen: Deren Anteil sank von 27,8 Prozent im Jahr 1998 auf 20,2 Prozent im Jahr 2008. Gestiegen ist hingegen der Anteil der 40 bis unter 50-Jährigen und zwar von 28,3 Prozent im Jahr 1998 auf 29,9 Prozent im Jahr 2008. Auch der Anteil der über 50-Jährigen an den Erwerbstätigen insgesamt nahm in den vergangenen zehn Jahren zu. Betrug ihr Anteil im Jahr 1998 noch 20,3 Prozent, so waren es 2008 bereits 28,9 Prozent.



Mehr Thüringer als Selbständige erwerbstätig

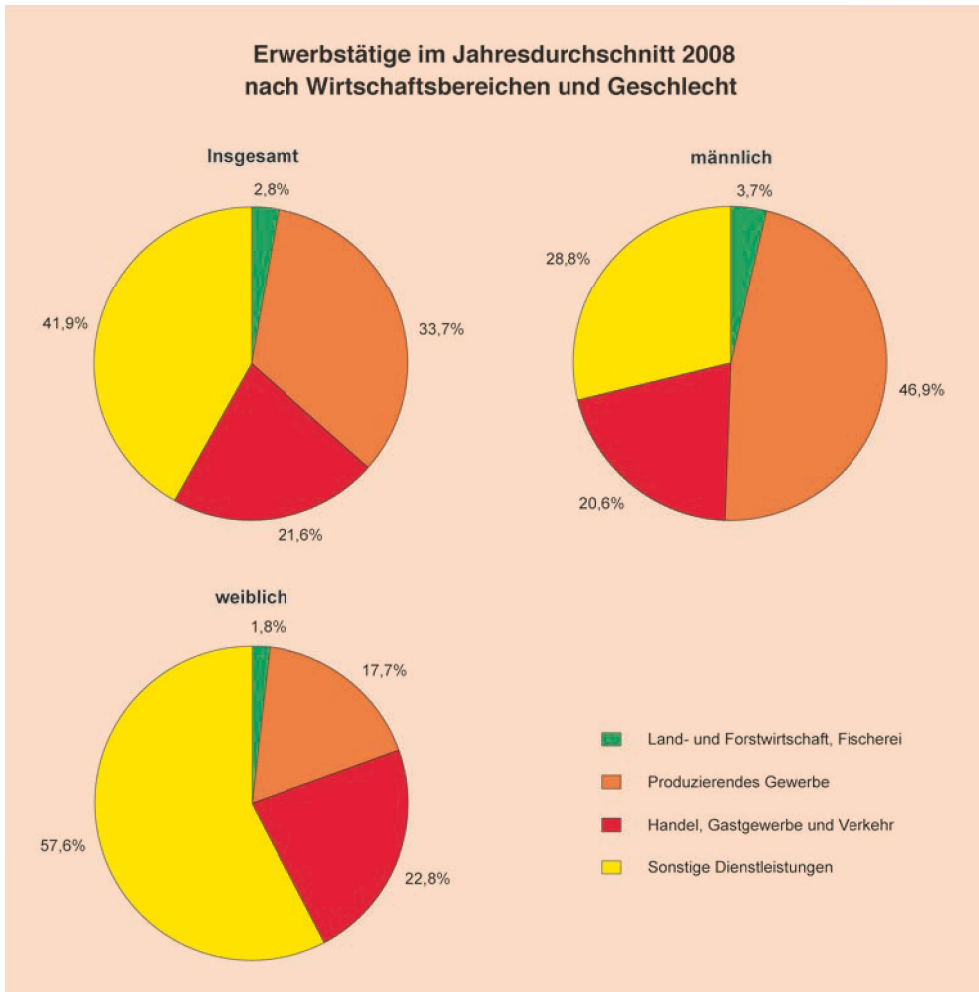
Von den 1 088 000 Erwerbstätigen in Thüringen war der weitaus größte Teil, nämlich 972 000 bzw. 89,3 Prozent unselbständig beschäftigt, d. h. als Beamte, Angestellte oder Arbeiter. Rund 111 000 Thüringer waren als Selbständige tätig. Der Anstieg der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr (2007: 1 067 000) resultiert aus einer Zunahme bei den Selbständigen um 2 000 Erwerbstätige und bei den Angestellten um 40 000 Erwerbstätige. Der Rückgang bei den Arbeitern um rund 19 000 Erwerbstätige dämpfte insgesamt die Zunahme der Erwerbstätigenzahl. Die Anzahl der Selbständigen und der Angestellten erhöhte sich um 1,8 bzw. 8,1 Prozent, jene der Arbeiter sank um 4,6 Prozent.

Im Vergleich zu 2007 gab es in der Verteilung nach der beruflichen Stellung nur wenig Änderungen. Dagegen zeigt der Vergleich zu 1998 einen Rückgang der Arbeiterinnen und Arbeiter um 5,9 Prozentpunkte. Im Gegenzug stiegen die Anteile bei den Selbständigen (+ 2,3 Prozentpunkte), Beamten (+ 0,9 Prozentpunkte) und Angestellten (+ 2,3 Prozentpunkte).

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Männer sind Arbeiter

Weiterhin bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede in der beruflichen Stellung. Mehr als sieben Zehntel (71,7 Prozent) aller erwerbstätigen Frauen waren im Jahr 2008 Angestellte oder Beamtinnen und nur ein knappes Fünftel (19,7 Prozent) Arbeiterinnen. Bei den Männern belief sich der Anteil der Angestellten und Beamten auf 38,4 Prozent. Dagegen war fast die Hälfte aller erwerbstätigen Männer (49,0 Prozent) als Arbeiter tätig. Auch waren relativ deutlich mehr Männer (12,2 Prozent) als Selbständige tätig als Frauen (7,7 Prozent).

**Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 2008
nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht**



Im tertiären Sektor, das heißt in den Wirtschaftsbereichen „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „sonstige Dienstleistungen“ waren in Thüringen 2008 nicht nur mehr als vier von fünf Frauen erwerbstätig, sondern auch beinahe die Hälfte der Männer. Insgesamt fanden hier rund 691 000 Erwerbstätige (395 000 Frauen und 295 000 Männer) ihren Arbeitsplatz. Das sind rund 5 000 Erwerbstätige mehr als im Vorjahr.

**Vier von fünf Frauen
im tertiären Sektor
erwerbstätig**

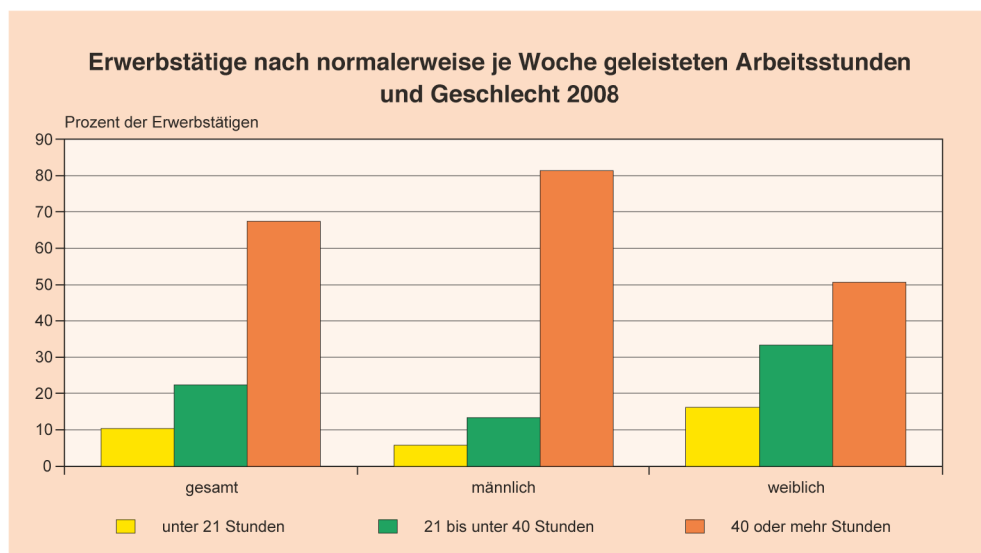
Bereits im Jahr 1998 lag der Anteil des Tertiären Sektors bei den Männern bei fast der Hälfte (47,1 Prozent), 2008 bei 49,4 Prozent. Bei den Frauen stieg dieser Wert von 79,5 Prozent im Jahr 1998 auf 80,4 Prozent im Jahr 2008. Die beiden anderen Wirtschaftsbereiche verloren sowohl absolut gesehen als auch in Anteilswerten. Im Jahr 1998 arbeiteten noch 34,9 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und 3,5 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Im Jahr 2008 arbeiteten nur noch 33,7 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und 2,8 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Der Rückgang des Wirtschaftsbereiches „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ sowie des „Wirtschaftsbereiches“ Produzierendes Gewerbe sowie der Anstieg des tertiären Sektors (Wirtschaftsbereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „sonstige Dienstleistungen“) lässt sich auch nach Geschlechtern getrennt beobachten.

Steigender Anteil der Erwerbstätigen nimmt Tätigkeit mit reduzierter Arbeitszeit wahr

In Thüringen arbeiteten im Jahr 2008 durchschnittlich 67,4 Prozent der 1 088 000 Erwerbstätigen normalerweise 40 oder mehr Stunden in der Woche.²⁾ Vor zehn Jahren traf dies noch auf 73,9 Prozent der Beschäftigten zu. Allerdings ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die immer mehr arbeiten, gestiegen. Im Jahr 2008 leisteten 15,2 Prozent der Erwerbstätigen normalerweise 41 und mehr Arbeitsstunden je Woche. Im Jahr 1998 waren es noch 11,3 Prozent. Gleichzeitig nimmt ein steigender Anteil der Erwerbstätigen eine Tätigkeit mit deutlich reduzierter Arbeitszeit wahr. So gingen im Jahr 2008 rund 10,4 Prozent aller Thüringer Erwerbstätigen einer Teilzeitbeschäftigung mit normalerweise weniger als 21 Stunden in der Woche nach. Im Jahr 1998 waren es noch knapp 5,5 Prozent.

Teilzeitarbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung

Im Jahr 1998 hatten bei den Männern bereits 83,3 Prozent eine Wochenarbeitszeit von 40 oder mehr Stunden in der Woche, während es im Jahr 2008 noch 81,4 Prozent waren. Von den erwerbstätigen Frauen in Thüringen arbeiteten dagegen im Jahr 1998 etwa 62,3 Prozent so lange. Ein Jahrzehnt später waren es nur noch 50,6 Prozent. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern gewinnt Teilzeitarbeit immer mehr an Bedeutung. Während sich der Anteil der Männer mit einer Wochenarbeitszeit von normalerweise unter 21 Stunden in den vergangenen zehn Jahren von etwa 2,5 Prozent auf 5,7 Prozent erhöhte, stieg der Anteil der Frauen mit dieser verminderten Stundenzahl von 9,1 Prozent im Jahr 1998 auf 16,1 Prozent im Jahr 2008.



Fast jeder neunte Erwerbstätige verdiente 2 000 Euro und mehr

Im Jahresdurchschnitt 2008 verfügte von den 990 000 Erwerbstätigen in Thüringen, die Angaben zu ihrem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen machten, fast jeder neunte (10,9 Prozent) über 2 000 Euro und mehr. Zum monatlichen Nettoeinkommen zählen hierbei neben dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit auch Arbeitslosengeld I und II, Rente, Pension, Kindergeld, Wohngeld, Unterhalt durch Angehörige, eigenes Vermögen, Zinsen, eingenommene Mieten und Pachten, Sozialhilfe sowie weitere Unterstützungen. Mehr als jeder Zehnte Erwerbstätige (10,5 Prozent) gab an, weniger als 500 Euro im Monat zu verdienen und mehr als ein Drittel (35,6 Prozent) kam auf 500 bis unter 1 100 Euro. In die Einkommensgruppe 1 100 bis unter 1 500 Euro bzw. 1 500 bis unter 2 000 Euro ordneten sich 27,8 Prozent bzw. 15,2 Prozent ein.

2) Im Mikrozensus wird die normalerweise geleistete Arbeitszeit je Woche und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche erhoben. Bei der normalerweise geleisteten Arbeitszeit je Woche werden gelegentliche oder einmalige Abweichungen nicht berücksichtigt (z.B. Urlaub, Krankheit, gelegentlich geleistete Überstunden). Die „normale“ Arbeitszeit kann von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abweichen, wenn regelmäßig wöchentlich Überstunden geleistet werden. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit in der Berichtswoche enthält z. B. auch unregelmäßig geleistete Überstunden, jedoch keine urlaubs- oder krankheitsbedingten Abwesenheiten.

Erwerbstätige 2008 nach Stellung im Beruf, monatlichem Nettoeinkommen und Geschlecht

Monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... EUR	Insgesamt	Darunter			
		Selbstständige	Beamte	Ange-stellte ¹⁾	Arbeiter ²⁾
	1 000				
	Insgesamt				
unter 300	34	5	/	13	15
300 - 500	70	6	/	30	31
500 - 700	77	8	/	40	27
700 - 900	108	11	/	53	43
900 - 1 100	167	12	/	78	75
1 100 - 1 500	275	14	5	142	114
1 500 - 2 000	150	11	11	87	40
2 000 und mehr	108	20	27	52	10
Mit Angabe des Einkommens zusammen	990	89	45	495	356
Ohne Angabe ³⁾	98	22	/	38	34
Insgesamt	1 088	111	48	534	390
	männlich				
unter 300	15	/	/	/	9
300 - 500	31	/	/	10	17
500 - 700	26	/	/	9	12
700 - 900	41	7	/	10	24
900 - 1 100	88	9	/	22	57
1 100 - 1 500	166	10	/	53	98
1 500 - 2 000	96	8	7	43	37
2 000 und mehr	76	15	14	38	10
Mit Angabe des Einkommens zusammen	539	57	26	188	265
Ohne Angabe ³⁾	57	16	/	13	27
Zusammen	596	73	28	201	292
	weiblich				
unter 300	19	/	/	9	7
300 - 500	38	/	/	20	14
500 - 700	51	5	/	30	15
700 - 900	67	/	/	43	19
900 - 1 100	78	/	/	56	19
1 100 - 1 500	110	5	/	89	15
1 500 - 2 000	54	/	5	45	/
2 000 und mehr	32	7	12	14	/
Mit Angabe des Einkommens zusammen	451	31	19	307	91
Ohne Angabe ³⁾	40	6	/	25	7
Zusammen	492	38	20	333	97

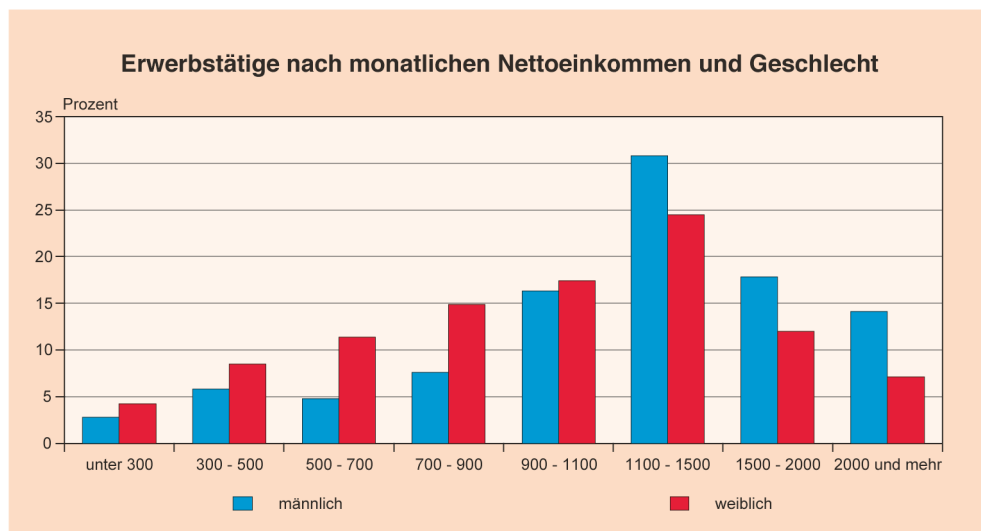
1) einschließlich Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen

2) einschließlich Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen

3) einschließlich Selbstständige in der Landwirtschaft und Erwerbstätige ohne Einkommen

Beim monatlichen Nettoeinkommen lassen sich zwischen Männern und Frauen deutliche Einkommensunterschiede feststellen. So waren in den unteren Einkommensgruppen deutlich mehr Frauen vertreten als Männer. Während von den weiblichen Erwerbstätigen in Thüringen rund 12,6 Prozent weniger als 500 Euro monatlich zur Verfügung hatten, betrug der entsprechende Anteil bei den Männern nur 8,5 Prozent. Auch in den Einkommensgruppen von 500 bis 1 100 Euro waren insgesamt mehr Frauen (43,5 Prozent) als Männer (28,8 Prozent) zu finden. Dagegen verdienten 2 000 Euro und mehr etwa jeder siebte Mann (14,1 Prozent), aber nur jede vierzehnte Frau (7,1 Prozent)

Deutliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen



Günstige Einkommensverhältnisse bei Selbständigen und Beamten

Ein monatliches Nettoeinkommen von 2 000 Euro und mehr erzielte bei den Arbeitern (einschließlich Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen) nur eine kleine Minderheit (2,8 Prozent). Dagegen konnte bei den Angestellten (einschließlich Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen) mehr als jeder Zehnte (10,5 Prozent) ein monatliches Nettoeinkommen in dieser Höhe für sich in Anspruch nehmen. Deutlich günstiger die Einkommensverhältnisse dagegen bei den Selbständigen und den Beamten. Hier verdienten 22,5 bzw. 60,0 Prozent 2 000 Euro und mehr netto im Monat.

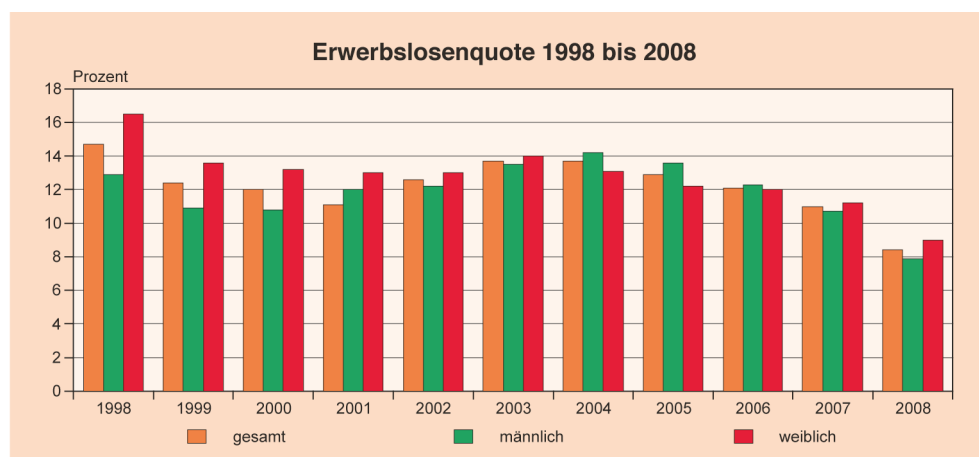
Erwerbslosigkeit 2008 in Thüringen

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Thüringen. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen und zwar unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen.

Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen. Die nachgewiesenen Ergebnisse entstammen aus dem Mikrozensus, welcher in jährlichem Rhythmus als Haushaltsstichprobe über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt durchgeführt wird.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Erwerbslosenquote, das heißt dem prozentualen Anteil der Erwerbslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), lässt sich in Thüringen rückblickend seit 1998 ein wellenförmiger Verlauf – jedoch insgesamt mit einem tendenziell sinkendem Niveau gegenüber dem Ausgangsjahr – erkennen.¹⁾ Besonders auffällig ist der Anstieg der Erwerbslosenquote zwischen den Jahren 2002 und 2004. Das Jahr 2004 stellt allerdings auch einen Wendepunkt dar: Die zwischen 2004 und 2008 rückläufigen Erwerbslosenquoten sind auf die damals positive konjunkturelle Entwicklung sowie demografische Gegebenheiten zurückzuführen.

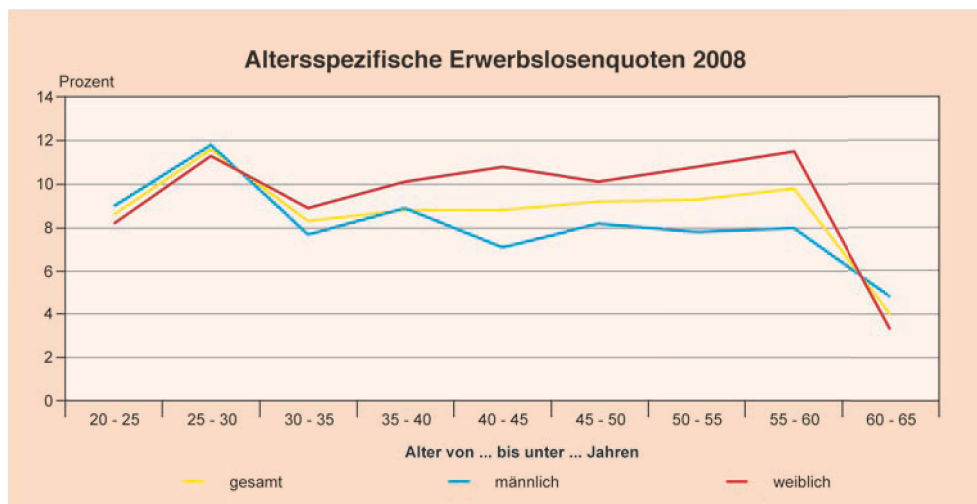
**Erwerbslosenquote
tendenziell sinkend**



Im Jahresdurchschnitt 2008 wurden in Thüringen rund 130 000 Erwerbslose gezählt, die Erwerbslosenquote betrug 8,4 Prozent. In absoluten Zahlen gab es mehr weibliche Erwerbslose (67 000 Personen) als männliche Erwerbslose (63 000 Personen). Dementsprechend war die Erwerbslosenquote der Frauen (9,0 Prozent) auch höher als die der Männer (7,9 Prozent).

**Mehr weibliche
als männliche
Erwerbslose**

¹⁾ Zu beachten ist, dass die ab dem Jahr 2005 ausgewiesenen Werte nicht direkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar sind, weil das Erhebungskonzept des Mikrozensus von einer festgelegten Berichtswoche auf eine kontinuierliche Erhebung während des ganzen Jahres umgestellt wurde. Ab dem Jahr 2005 werden deshalb Jahresdurchschnitte ausgewiesen, während sich die Angaben aus den davor liegenden Jahren auf eine Berichtswoche des jeweiligen Jahres beziehen.



Erwerbslosenquote bei 25 bis unter 30-jährigen am höchsten

Die Erwerbslosigkeit ist neben dem Geschlecht auch vom Alter abhängig. Die niedrigsten Erwerbslosenquoten weisen die Jungen und die Älteren auf. Die Erwerbslosenquote steigt von 8,6 Prozent bei den 15 bis unter 20-Jährigen auf ein Maximum von 11,6 Prozent in der Altersgruppe von 25 bis unter 30 Jahre, also bei Personen, die nach abgeschlossener Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen wollen und hierbei häufig eine Phase friktioneller Erwerbslosigkeit durchlaufen. In der Altersgruppe darüber fällt die Erwerbslosenquote erst einmal und erreicht einen Minimalwert mit 8,3 Prozent. Mit zunehmendem Alter steigt dann die Erwerbslosenquote in jeder weiteren Altersgruppe bis auf 9,8 Prozent bei den 55- bis unter 60-Jährigen und fällt dann auf 4,0 Prozent in der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen. Deren niedrige Erwerbslosenquote lässt sich so erklären, dass in dieser Altersgruppe bereits viele vormals Erwerbstätige – z.B. wegen Frühverrentung, Vorruhestand – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

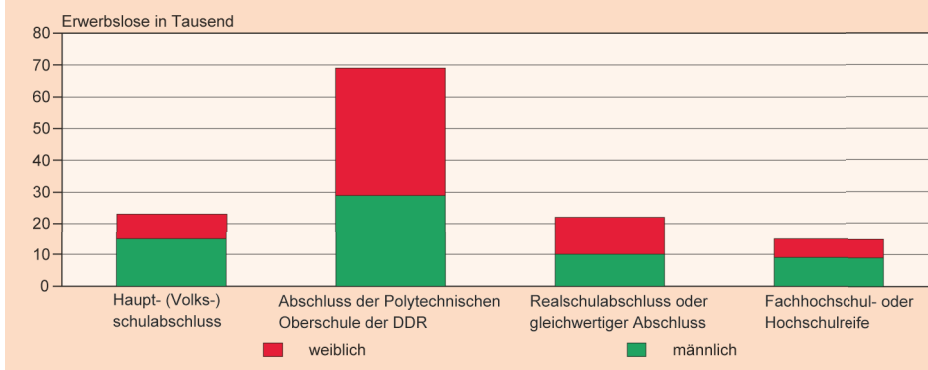
Junge Frauen in den beiden Altersstufen von 20 bis unter 25 sowie 25 bis unter 30 Jahren hatten niedrigere Erwerbslosenquoten als ihre männlichen Altersgenossen. Im Gegensatz dazu war die Erwerbslosigkeit ab den 30-Jährigen in allen Altersstufen bei den Frauen höher als bei den Männern. Am größten war der Unterschied zwischen Männern und Frauen im Alter von 40 bis unter 45 Jahren. Während die männliche Erwerbslosenquote 7,1 Prozent betrug, waren es bei den Frauen 10,8 Prozent.

Jeder zehnte Erwerbslose hat Abitur

Von den 130 000 Thüringer Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt 2008 hatten 17,7 Prozent einen Haupt- oder Volksschulabschluss, 53,1 Prozent einen Abschluss der Polytechnischen Oberschule der DDR, 16,9 Prozent einen Realschulabschluss (mittlere Reife) oder gleichwertigen Abschluss und 11,5 Prozent die Fachhochschul- oder Hochschulreife (Abitur).²⁾ Einen beruflichen Abschluss bzw. Hochschulabschluss gaben 110 000 bzw. 85,3 Prozent der Erwerbslosen an. Der Rest war ohne einen derartigen Abschluss oder machte dazu keine Angaben.

²⁾ Die Polytechnische Oberschule (offiziell: Zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, Abkürzung: POS) war die allgemeine Schulform im Schulsystem der DDR und umfasste zehn Klassen.

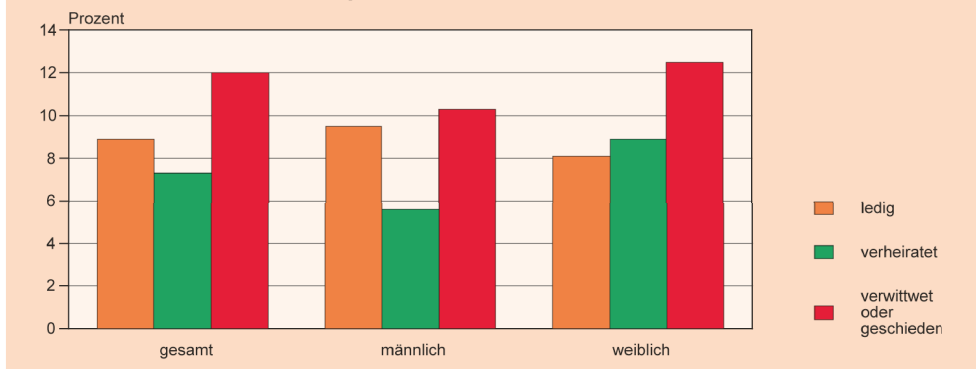
Erwerbslose nach allgemeinem Schulabschluss und Geschlecht 2008



Im Jahresdurchschnitt 2008 waren von den Erwerbslosen 43,8 Prozent verheiratet, 40,8 Prozent ledig und 15,4 Prozent verwitwet oder geschieden. Eine etwas andere Reihenfolge zeigen die spezifischen Erwerbslosenquoten dieser Bevölkerungsgruppen. So war der Anteil der Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren bei der Gruppe der Verwitweten oder Geschiedenen mit 12,0 Prozent bei weitem am höchsten. Auch die Erwerbslosenquote der Ledigen lag mit 8,9 Prozent noch über der Gesamterwerbslosenquote von 8,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008. In erheblich geringerem Maß als die beiden anderen Gruppen waren die Verheirateten mit 7,3 Prozent erwerbslos.

Verwitwete oder Geschiedene mit höchster Erwerbslosenquote

Erwerbslosenquote nach Familienstand und Geschlecht



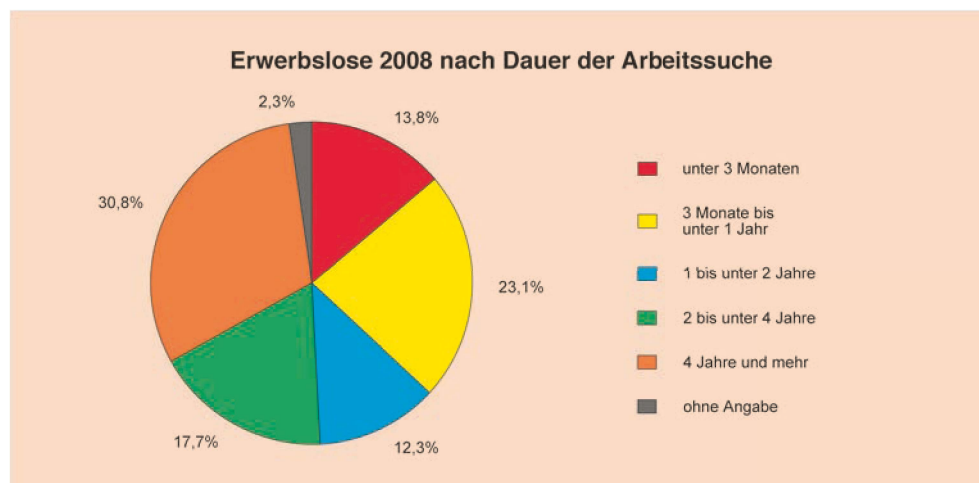
Die getrennte Betrachtung für Männer und Frauen zeigt, dass die Unterschiede nach dem Familienstand bei den Männern bisweilen stärker ausgeprägt sind als bei den Frauen. So waren die ledigen Männer im Jahresdurchschnitt 2008 häufiger erwerbslos (9,5 Prozent) als die ledigen Frauen (8,1 Prozent). Ähnlich die Situation bei den Verwitweten oder Geschiedenen. Während männliche Verwitwete oder Geschiedene eine Erwerbslosenquote von 12,5 Prozent aufwiesen, waren es bei den weiblichen Verwitweten oder Geschiedenen 11,5 Prozent. Ganz anders dagegen die Situation bei den Verheirateten: Die Ehemänner, die häufig überwiegend für den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sorgen haben, hatten mit 5,6 Prozent die mit Abstand niedrigste Erwerbslosenquote. Dagegen suchten die Ehefrauen mit einer Erwerbslosenquote von 8,9 Prozent deutlich häufiger einen Arbeitsplatz.

Ehemänner am seltensten ohne Arbeit

Obwohl im Jahresdurchschnitt 2008 fast die Hälfte der Erwerbslosen (48,5 Prozent) seit mindestens zwei Jahren auf Arbeitssuche war, hat sich der bis zum Vorjahr erkennbare Trend zur Erhöhung des Anteils der Dauererwerbslosen nicht fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren noch 50,3 Prozent aller Erwerbslosen seit mindestens zwei Jahren auf Arbeitssuche, 2006 waren es 46,4 Prozent und 2005 noch 39,9 Prozent.

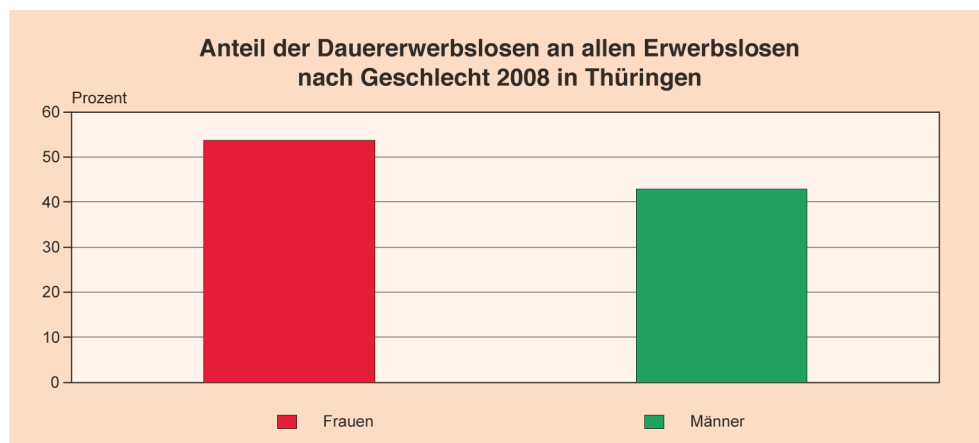
Fast die Hälfte der Erwerbslosen seit mindestens 2 Jahren auf Arbeitssuche

Der Anteil der Erwerbslosen, die weniger als drei Monate einen Arbeitsplatz suchten, belief sich im Jahresdurchschnitt 2008 auf 13,8 Prozent, ein Jahr zuvor lag er bei 13,4 Prozent.



Frauen von Dauererwerbslosigkeit häufiger betroffen

Von Dauererwerbslosigkeit waren Frauen im Jahresdurchschnitt 2008 relativ häufiger betroffen als Männer. Während sich 42,9 Prozent der erwerbslosen Männer bereits seit mindestens zwei Jahren auf Arbeitssuche befanden, waren es bei den Frauen 53,7 Prozent. Mehr als ein Drittel der erwerbslosen Frauen (35,8 Prozent) befanden sich bereits seit mehr als vier Jahren auf Arbeitssuche. Besonders betroffen hiervon waren die erwerbslosen Frauen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren. Von diesen suchten etwa 58,3 Prozent bereits seit mindestens vier Jahren einen neuen Arbeitsplatz.



Jede 4. erwerbslose Frau bezieht den Lebensunterhalt überwiegend von Angehörigen

Im Jahresdurchschnitt 2008 lebten 87,3 Prozent der erwerbslosen Männer und 70,1 Prozent der erwerbslosen Frauen überwiegend von Arbeitslosengeld I und II. Insgesamt waren dies 101 000 bzw. 77,7 Prozent der rund 130 000 Erwerbslosen in Thüringen. Dabei kennzeichnet der überwiegende Lebensunterhalt die Unterhaltsquelle, von welcher hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezogen werden. Sind mehrere Unterhaltsquellen vorhanden, so wird nur die wesentlichste berücksichtigt. Weitere Erwerbslose können daher Arbeitslosengeld I und II beziehen, ohne dass dieses Einkommen die überwiegende Unterhaltsquelle für diese Gruppe darstellte. Neben Erwerbslosen, die aufgrund eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld I und II ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreiten konnten, lebten 19,2 Prozent der Erwerbslosen überwiegend von Unterhalt durch Angehörige. Bei erwerbslosen Männern belief sich der entsprechende Anteil auf 11,1 Prozent

und bei erwerbslosen Frauen auf 26,9 Prozent. Andere Einkommensarten (z. B. Rente als überwiegender Lebensunterhalt) spielten bei den Erwerbslosen nur eine völlig untergeordnete Rolle.

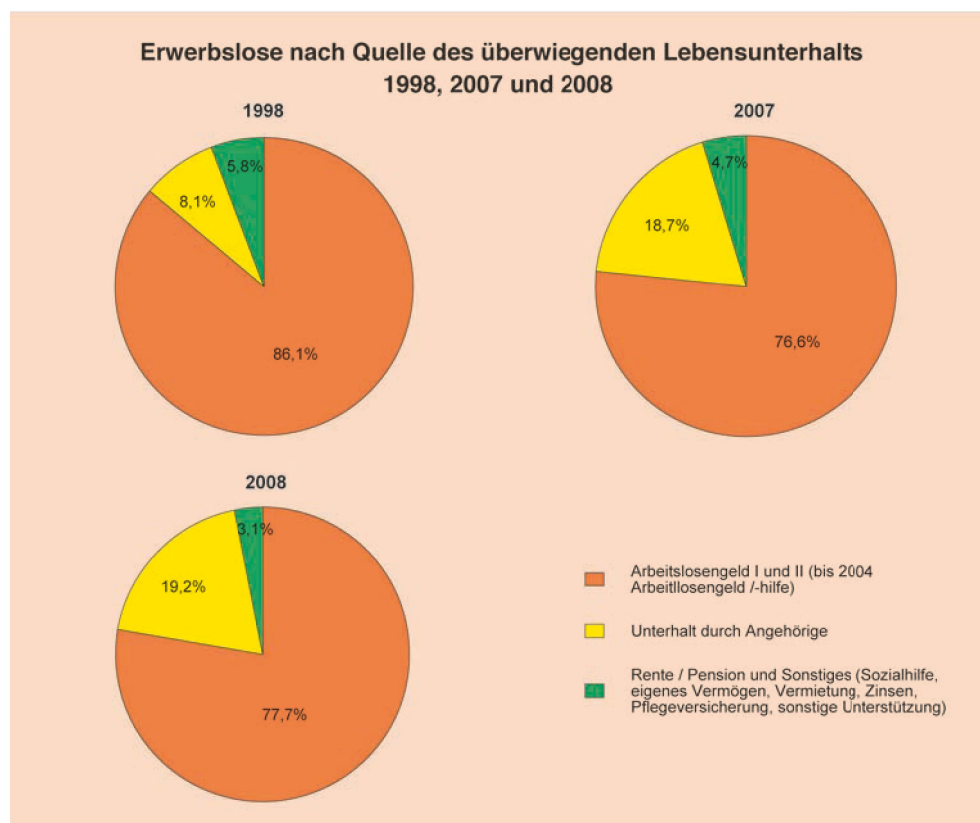
Erwerbslose 2008 nach Alter, Familienstand, überwiegendem Lebensunterhalt und Geschlecht

Alter _____ Familienstand	Erwerbslose insgesamt	Nach überwiegendem Lebensunterhalt		
		Arbeitslosen- geld I ¹⁾	Rente und sonstiges ²⁾	Unterhalt von Angehörigen
1 000				
Insgesamt				
Insgesamt	130	101	/	25
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 - 25	17	11	/	5
25 - 35	26	24	/	/
35 - 45	30	25	/	5
45 - 55	35	27	/	7
55 - 65	22	15	/	5
Ledig	53	46	/	6
Verheiratet	57	37	/	18
Verwitwet/Geschieden	20	18	/	/
männlich				
Zusammen	63	55	/	7
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 - 25	9	6	/	/
25 - 35	14	13	/	/
35 - 45	14	14	/	/
45 - 55	15	13	/	/
55 - 65	10	7	/	/
Ledig	33	29	/	/
Verheiratet	21	18	/	/
Verwitwet/Geschieden	8	8	/	/
weiblich				
Zusammen	67	47	/	18
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 - 25	7	5	/	/
25 - 35	12	10	/	/
35 - 45	17	11	/	5
45 - 55	20	13	/	6
55 - 65	12	7	/	/
Ledig	20	17	/	/
Verheiratet	36	20	/	16
Verwitwet/Geschieden	12	10	/	/

1) einschließlich Leistungen nach Hartz IV

2) Erwerbstätigkeit, Pension, eigenes Vermögen, Ersparnisse, Zinsen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung u.a. Hilfen in besonderen Lebenslagen (z.B. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege), sonstige Unterstützung (z.B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium, Pflegeversicherung, Asylbewerberleistungen), Eltern- und Erziehungsgeld

Von den verheirateten Frauen lebten 44,4 Prozent überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige, während 55,6 Prozent überwiegend vom Arbeitslosengeld I und II lebten. Vergleichsweise häufig lebten erwerbslose Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren überwiegend vom Unterhalt der Angehörigen, wohl meist der Eltern (29,4 Prozent). Hierbei dürfte es sich vielfach um Schulabgänger und Hochschulabsolventen handeln, die die Voraussetzungen für die Gewährung von Arbeitslosengeld I und II nicht erfüllen. In Thüringen steigt der Anteil der überwiegend von Arbeitslosengeld I und II lebenden Erwerbslosen zunächst an und erreicht im Alter von 25 bis unter 35 Jahren sein Maximum. Anschließend nimmt er mit zunehmendem Alter wieder ab.



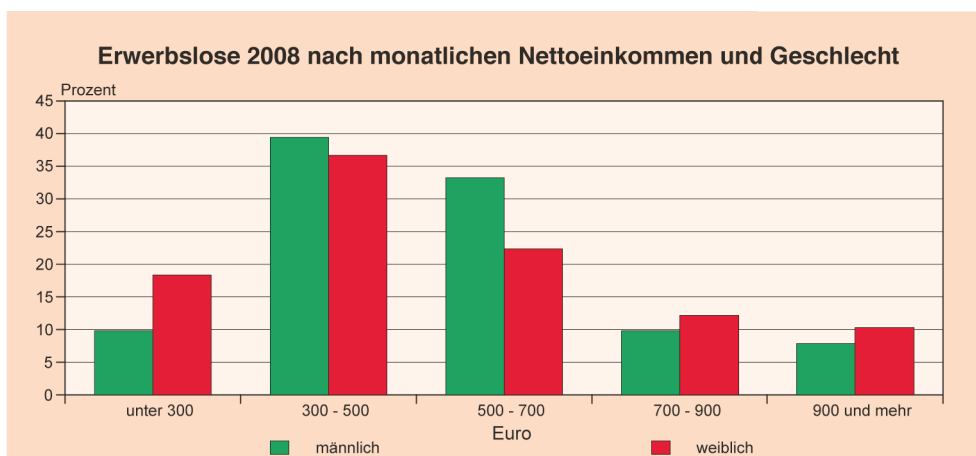
Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, hat sich zwischen den Jahren 2007 und 2008 sowohl der Anteil der Erwerbslosen, die überwiegend von Arbeitslosengeld I und II lebten (+ 1,1 Prozentpunkte), als auch der Anteil jener Erwerbslosen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten wurden (+ 0,5 Prozentpunkte) etwas erhöht.

Mehr Erwerbslose werden überwiegend von Angehörigen unterhalten

Deutliche Unterschiede hingegen zeigt der Zehn-Jahres-Vergleich: Zwischen 1998 und 2008 hat sich der Anteil der Erwerbslosen, die überwiegend von Arbeitslosengeld I und II (bis 2004 Arbeitslosengeld/-hilfe) lebten, von 86,1 Prozent auf 77,7 Prozent, das heißt um 8,4 Prozentpunkte, vermindert. Im Gegenzug hat sich der Anteil der Erwerbslosen, die überwiegend von Angehörigen unterhalten wurden, von 8,1 Prozent im Jahr 1998 auf 19,2 Prozent, also um 11,1 Prozentpunkte, erhöht. Ausschlaggebend hierfür dürfte insbesondere die drastische Verminderung der absoluten Zahl der Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosenunterstützung gewesen sein. Während 1998 rund 215 300 Erwerbslose überwiegend von Arbeitslosengeld/-hilfe lebten, bestritten 2008 nur noch 101 000 Erwerbslose ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Arbeitslosengeld I und II. Umgekehrt ist die absolute Zahl der Erwerbslosen, die überwiegend vom Unterhalt ihrer Angehörigen lebten, vergleichsweise moderat von 20 300 im Jahr 1998 auf 25 000 im Jahr 2008 gestiegen.

Von den 100 000 Erwerbslosen in Thüringen, die Angaben zu ihrem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen machten, verfügten im Jahresdurchschnitt 2008 rund 13,0 Prozent über 300 Euro oder weniger. Etwa zwei von fünf Erwerbslosen (39,0 Prozent) gaben an, zwischen 300 und 500 Euro im Monat zu erhalten und knapp drei von zehn (28,0 Prozent) kamen auf 500 bis unter 700 Euro. In die Einkommensgruppe 700 bis unter 900 Euro bzw. 900 bis unter 1 100 Euro ordneten sich rund 11,0 bzw. 6,0 Prozent der Erwerbslosen ein. Nur etwa 3,0 Prozent der Erwerbslosen dürften über ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von 1 100 Euro und mehr verfügen.

Über die Hälfte der Erwerbslosen verfügt über weniger als 500 Euro im Monat



Auch bei den Erwerbslosen lassen sich im Hinblick auf das Geschlecht deutliche Unterschiede beim monatlichen Nettoeinkommen feststellen. So waren in der untersten Einkommensgruppe wesentlich mehr Frauen vertreten als Männer. Während von den weiblichen Erwerbslosen in Thüringen rund 18,4 Prozent ein Einkommen von unter 300 Euro netto monatlich zur Verfügung hatten, betrug der entsprechende Anteil bei den Männern lediglich 9,8 Prozent. Dagegen waren in den Einkommensgruppen 300 bis unter 500 Euro sowie 500 bis unter 700 Euro mehr Männer (39,2 bzw. 33,3 Prozent) als Frauen (36,7 bzw. 22,4 Prozent) vertreten. In der nächst höheren Einkommensgruppe 700 bis unter 900 Euro wiederum waren mehr Frauen (12,2 Prozent) als Männer (9,8 Prozent) zu finden. Ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von 900 Euro und mehr wiesen 10,2 Prozent der erwerbslosen Frauen, aber nur 7,8 Prozent der erwerbslosen Männer auf.

Mehr Frauen als Männer in den oberen Einkommensgruppen

Der Mikrozensus ermöglicht eine Analyse des monatlichen Nettoeinkommens sowohl auf der Personen- als auch auf der Haushalts- und Familienebene. Dies bedeutet, dass sich die Empfängereinheit des Einkommens entweder auf eine einzelne Person (personelles Einkommen) oder eine Personen- und Bedarfsgemeinschaft (Haushalts- oder Familieneinkommen) beziehen kann.

Das personelle Einkommen ist ein Individualeinkommen, während beim Haushaltseinkommen alle Einkommen zusammengefasst werden, die den Haushaltsmitgliedern zufließen und gemeinsam verwendet werden.

Bei den obigen Betrachtungen war speziell die Einkommenssituation von Erwerbslosen von Interesse. Aus diesem Grunde wurde bei der Analyse auf deren Einkommenssituation abgestellt. Im Hinblick auf den Lebensstandard sind jedoch Haushaltseinkommen erheblich aussagekräftiger als Individualeinkommen. Letztere geben nämlich keine Auskunft darüber, ob ein Haushalt oder eine Familie lediglich von einem Verdienst leben muss oder ob mehrere Verdienner für ihr Auskommen sorgen. In einem der nächsten Monatshefte wird daher in einem folgenden Beitrag zum Mikrozensus das Haushaltseinkommen in Thüringen einer eingehenden Betrachtung unterzogen.

Haushaltseinkommen und Einkommensverteilung 2008 in Thüringen

Das Einkommen ist die zentrale Ressource von privaten Haushalten für die Erreichung und Sicherung eines gewünschten Lebensstandards und wirkt sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. Die Verteilung der Haushaltseinkommen kann somit auch wesentlich darüber Auskunft geben, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe partizipieren. Im Mittelpunkt des vorliegenden Aufsatzes steht die Verteilung der Haushaltseinkommen in Thüringen selbst.

Eine wichtige Grundlage zur Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung bildet das Haushaltseinkommen. Im Mikrozensus wird das Nettoeinkommen aller Personen im Haushalt erhoben. Das Nettoeinkommen ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen abzüglich Steuern, Sozialversicherung und ähnlicher Beiträge.

Es setzt sich aus folgenden Einkommensarten zusammen:

Einkommen aus Erwerbstätigkeit

Arbeitslosengeld I und II

Rente, Pension, Kindergeld und Wohngeld

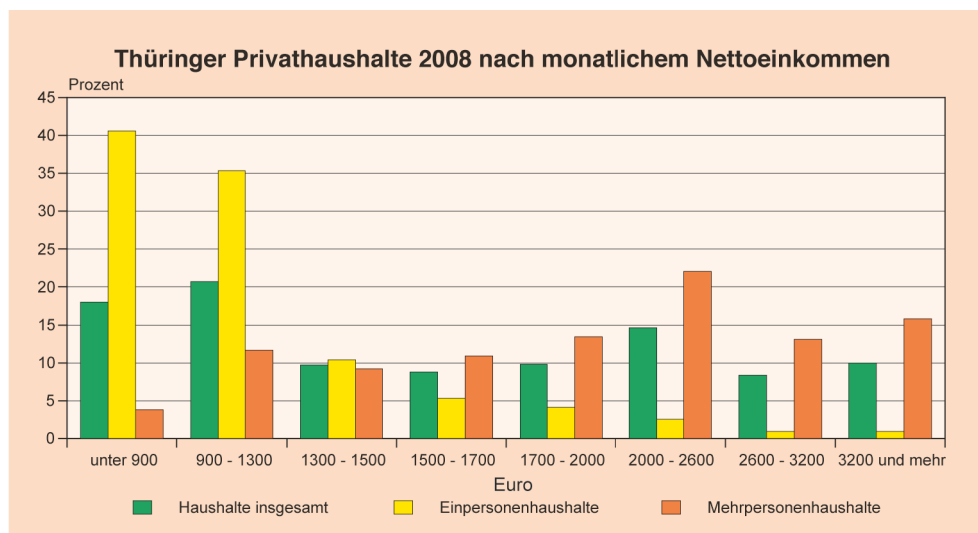
Sonstigen¹⁾

Im Haushaltsnettoeinkommen werden die Nettoeinkommen aller zum jeweiligen Haushalt zählenden Personen zusammengefasst. Erhoben werden diese Einkommensangaben durch eine Selbsteinstufung der Befragten in vorgegebene Einkommensgruppen. Nicht berücksichtigt sind Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied selbstständiger Landwirt ist. Bei allen Berechnungen wird innerhalb der vorgegebenen Einkommensgruppen von einer Gleichverteilung ausgegangen.

43 Prozent der Haushalte mit Nettoeinkommen zwischen 1 300 und 2 600 Euro

Im Jahr 2008 musste beinahe ein Fünftel (18,0 Prozent) der Thüringer Privathaushalte, die Angaben zu ihrem monatlichen Nettoeinkommen machten, mit einem Einkommen von weniger als 900 Euro auskommen und ein weiteres Fünftel (20,7 Prozent) mit einem Einkommen zwischen 900 und 1 300 Euro. Mehr als zwei Fünftel (42,9 Prozent) verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1 300 und 2 600 Euro und ein knappes weiteres Fünftel (18,4 Prozent) hatte ein Einkommen von mehr als 2 600 Euro.

1) Eigenes Vermögen, Ersparnisse, Zinsen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung u. a. Hilfen in besonderen Lebenslagen (z.B. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege), sonstige Unterstützung (z.B. BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium, Pflegeversicherung, Asylbewerberleistungen), Eltern- und Erziehungsgeld.



Von den **Einpersonenhaushalten** in Thüringen hatten im Jahr 2008 mehr als zwei Fünftel (40,6 Prozent) ein Einkommen von weniger als 900 Euro und mehr als ein Drittel (35,3 Prozent) ein Einkommen zwischen 900 und 1 300 Euro zur Verfügung. Bei 22,3 Prozent der Einpersonenhaushalte belief sich das monatliche Nettoeinkommen auf 1 300 bis unter 2 600 Euro, während lediglich 1,8 Prozent über mehr als 2 600 Euro verfügten.

Dagegen lag bei mehr als der Hälfte (55,6 Prozent) der Thüringer **Mehrpersonenhaushalte**, bei denen vielfach zwei Einkommensbezieher vorhanden waren, das monatliche Nettoeinkommen zwischen 1 300 und 2 600 Euro. Fast drei Zehntel (28,9 Prozent) verfügten über 2 600 Euro oder mehr, während 3,8 Prozent mit weniger als 900 Euro und 11,7 Prozent mit einem Einkommen von 900 bis unter 1 300 Euro auskommen mussten.

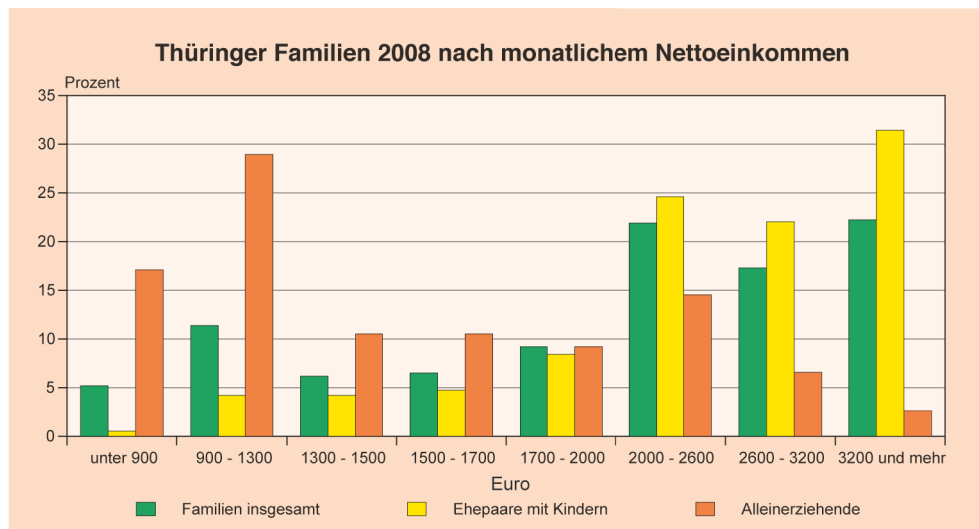
Im Zehnjahresvergleich ist eine deutliche Verschiebung zu den oberen Einkommensklassen erkennbar. Der Median der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushalte ist zwischen den Jahren 1998 und 2008 von 1 400 Euro auf 1 550 Euro gestiegen²⁾. Während sich das Medianeinkommen der Einpersonenhaushalte von 850 Euro auf 1 000 Euro erhöhte, stieg jenes der Mehrpersonenhaushalte im gleichen Zeitraum von 1 700 Euro auf 2 025 Euro.

Im Jahr 2008 hatten 43,8 Prozent der Thüringer Familien mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1 300 und 2 600 Euro zur Verfügung. Etwa zwei Fünftel (39,5 Prozent) verfügten über mehr als 2 600 Euro - darunter 22,2 Prozent über mehr als 3 200 Euro -, während jede sechste Familie mit Kindern (16,6 Prozent) mit weniger als 1 300 Euro auskommen musste. Die Gruppe der Familien mit Kindern unter 18 Jahren schnitt etwas schlechter ab. Von diesen Familien hatten 22,3 Prozent ein Monatsbudget von weniger als 1 300 Euro, 46,4 Prozent zwischen 1 300 und 2 600 Euro und 31,3 Prozent von mehr als 2 600 Euro zur Verfügung.

Im Zehnjahresvergleich deutliche Zunahme der Medianeinkommen

44 Prozent der Familien mit Kindern verfügen über mehr als 2 600 Euro im Monat

²⁾ Bei der Ermittlung des mittleren Einkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Einkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Einkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird. Im Text werden Haushaltsnettoeinkommen auf 25 Euro gerundet, da die Angaben mit einem Stichprobenfehler behaftet sind und die berechneten Werte in der Grafik sonst eine Genauigkeit vortäuschen, die real nicht vorhanden ist.



Ehepaare mit Kindern finanziell besser gestellt als Alleinerziehende

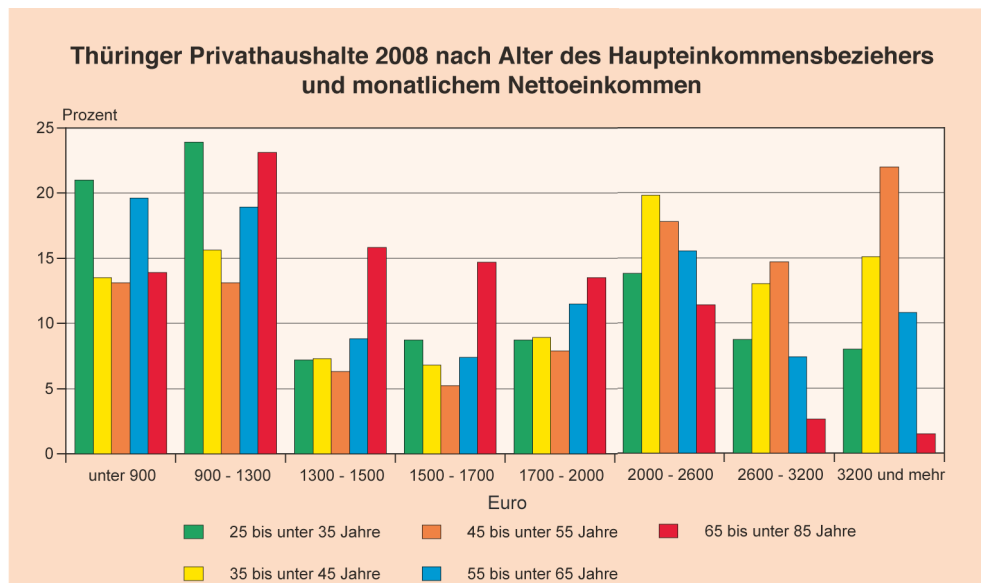
Im Jahr 2008 betrug das Medianeinkommen von Alleinerziehenden (1 375 Euro) gut die Hälfte des Medianeinkommens von Ehepaaren mit Kindern (2 700 Euro). Letztere sind nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass häufig zwei Personen erwerbstätig sind, finanziell deutlich besser gestellt. Lediglich 4,7 Prozent der Ehepaare mit Kindern hatten ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro zur Verfügung, 41,9 Prozent zwischen 1 300 und 2 600 Euro und über die Hälfte (53,4 Prozent) 2 600 Euro oder mehr, darunter 31,4 Prozent 3 200 Euro oder mehr. Im Gegensatz dazu musste beinahe die Hälfte der Alleinerziehenden (46,1 Prozent) mit weniger als 1 300 Euro im Monat auskommen, 44,7 Prozent hatten zwischen 1 300 und 2 600 Euro und lediglich 9,2 Prozent hatten 2 600 Euro oder mehr zur Verfügung.

Fast die Hälfte der Alleinerziehenden mit weniger als 1 300 Euro

Privathaushalte ohne Kinder weisen eine ungünstigere Einkommensposition auf als private Haushalte mit Kindern. Dies verwundert nicht, da von den erstgenannten privaten Haushalten keine Kinder zu versorgen sind und es sich häufig um Rentnerhaushalte handelt. Über die Hälfte der privaten Haushalte ohne Kinder (54,1 Prozent) sind zudem Einpersonenhaushalte. Private Haushalte mit Kindern verfügen daher über ein deutlich höheres Medianeinkommen (2 350 Euro) als private Haushalte ohne Kinder (1 325 Euro).

45- bis 55-jährige mit höchstem Haushaltseinkommen

36,6 Prozent der **privaten Haushalte, in denen die Bezugsperson** – das ist im Allgemeinen die Person, die den überwiegenden Teil zum Lebensunterhalt beiträgt – **zwischen 45 und 55 Jahre alt war**, wies im Jahr 2008 ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2 600 Euro auf. Jeder fünfte private Haushalt mit einer Bezugsperson in dieser Altersgruppe (22,0 Prozent) hatte sogar ein Monatsbudget von mehr als 3 200 Euro. Fast zwei Fünftel (37,2 Prozent) hatten zwischen 1 300 und 2 600 Euro in der Haushaltskasse, während lediglich ein Viertel (26,2 Prozent) mit weniger als 1 300 Euro auskommen musste. Das Medianeinkommen in dieser Altersgruppe, in der das Erwerbseinkommen auf Grund der erreichten Sprosse auf der Karriereleiter im Allgemeinen am höchsten ist, betrug 2 150 Euro.



Ungünstiger dagegen die Einkommensposition von privaten Haushalten mit einer Bezugsperson in den anderen Altersgruppen. Von den **Privathaushalten mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von 35 bis unter 45 Jahren** hatten immerhin noch beinahe drei Zehntel (28,1 Prozent) mehr als 2 600 Euro in der Haushaltskasse. Mehr als zwei Fünftel (42,7 Prozent) finden sich in einer mittleren Einkommensposition (1 300 bis unter 2 600 Euro) wieder und knapp drei Zehntel (29,2 Prozent) verfügten über weniger als 1 300 Euro. Das Medianeinkommen betrug 1 925 Euro.

28 Prozent der 35- bis 45-Jährigen mit Haushaltseinkommen über 2 600 Euro

Von den **privaten Haushalten mit einer Bezugsperson im Alter von 25 bis unter 35 Jahren** hatten 44,9 Prozent weniger als 1 300 Euro im Monat zur Verfügung. Der Anteil in der mittleren Einkommensgruppe war mit knapp vier Zehnteln (38,4 Prozent) und in der oberen mit einem Sechstel (16,7 Prozent) niedriger als bei den vorgenannten Altersgruppen. Sehr deutlich werden die Unterschiede auch, wenn man die jeweiligen Mediane miteinander vergleicht: Das Medianeinkommen von privaten Haushalten mit einer 25- bis unter 35-jährigen Bezugsperson lag im Jahr 2008 mit 1 450 Euro um 475 bzw. 700 Euro unter dem Medianeinkommen von privaten Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher 35 bis unter 45 Jahre bzw. 45 bis unter 55 Jahre alt war.

45 Prozent der 25- bis 35-Jährigen mit Haushaltseinkommen unter 1 300 Euro

Bei den **privaten Haushalten mit einer 55- bis unter 65-jährigen Bezugsperson** kommt zum Tragen, dass viele Personen in diesem Alter bereits nicht mehr erwerbstätig sind. So mussten beinahe zwei Fünftel (38,5 Prozent) dieser Haushalte mit weniger als 1 300 Euro auskommen, deutlich mehr als zwei Fünftel (43,2 Prozent) hatten zwischen 1 300 und 2 600 Euro im Monat zur Verfügung, während immerhin noch 18,2 Prozent über ein Monatsbudget von mehr als 2 600 Euro verfügten. Das Medianeinkommen war mit 1 575 Euro deutlich höher als bei Haushalten mit einer 25- bis unter 35-jährigen Bezugsperson.

18 Prozent der 55- bis 65-Jährigen mit Haushaltseinkommen über 2 600 Euro

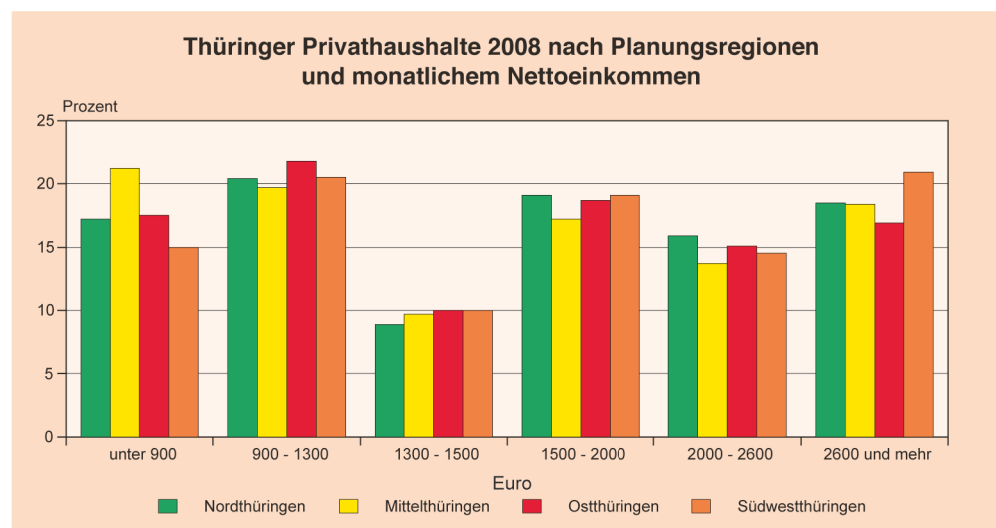
Von den **privaten Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher 65 bis unter 85 Jahre** alt war, entfielen 41,0 Prozent auf die untere und 54,9 Prozent auf die mittlere Einkommensgruppe. Beinahe jeder zweite private Haushalt dieser Einkommensgruppe bestand nur aus einer Person. Nur 4,0 Prozent der privaten Haushalte hatten ein Monateinkommen von 2 600 Euro oder mehr. Auch das Medianeinkommen war mit 1 425 Euro vergleichsweise gering.

Medianeinkommen der privaten Haushalte von 65- bis 85-Jährigen vergleichsweise gering

Haushaltseinkommen in Südwestthüringen am höchsten

Die privaten Haushalte in der Planungsregion Südwestthüringen lagen im Jahr 2008 hinsichtlich des Haushaltsnettoeinkommens landesweit an der Spitze. Mit 1 625 Euro wurde hier das höchste Medianeinkommen aller vier Thüringer Planungsregionen erzielt. Während ein gutes Drittel der privaten Haushalte (35,5 Prozent) mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro auskommen musste, hatten 43,6 Prozent zwischen 1 300 und 2 600 Euro in der Kasse, wogegen jeder fünfte Haushalt (20,9 Prozent) über 2 600 Euro oder mehr verfügte. Damit lag dieses Gebiet vor der „zweitreichsten“ Planungsregion, das war Nordthüringen, in der 18,5 Prozent der privaten Haushalte in der oberen Einkommensklasse lagen. Das Medianeinkommen aller privaten Haushalte betrug hier 1 600 Euro.

Thüringer Privathaushalte 2008 nach Planungsregionen und monatlichem Nettoeinkommen

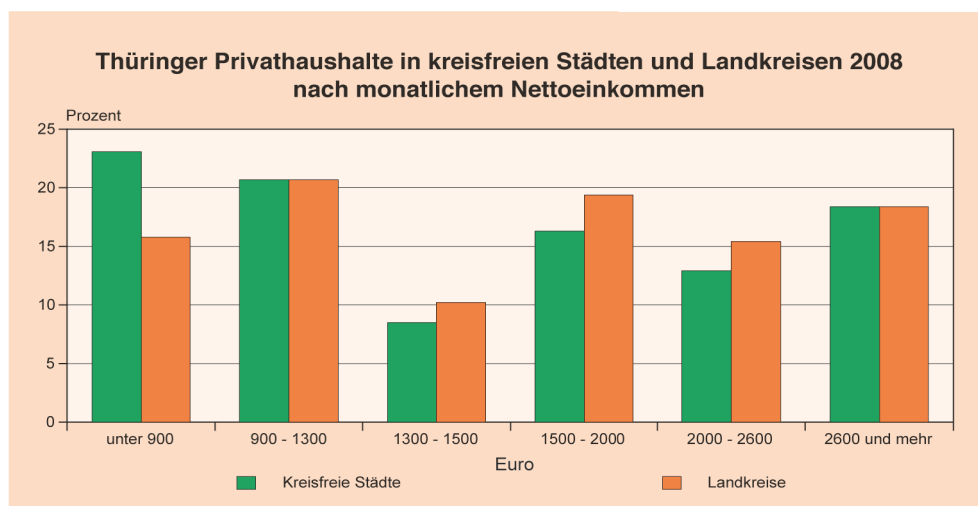


Mittlere Einkommensklasse stark ausgeprägt

In allen Planungsregionen war die mittlere Einkommensklasse (1 300 bis unter 2 600 Euro) mit Anteilen zwischen 40,6 und 43,9 Prozent vergleichsweise stark ausgeprägt. Größere Unterschiede zwischen den vier Planungsregionen gab es bei den unteren und oberen Einkommensklassen (unter 1 300 Euro bzw. über 2 600 Euro). Auf dem dritten Platz lag die Planungsregion Ostthüringen mit einem Medianeinkommen von 1 525 Euro. Hier entfielen 39,3 Prozent der privaten Haushalte auf die untere Einkommensklasse und 16,9 Prozent auf die obere Einkommensklasse. Das niedrigste Medianeinkommen aller vier Thüringer Planungsregionen wurde mit 1 500 Euro in Mittelthüringen verbucht. Die untere Einkommensklasse war hier am stärksten ausgeprägt (40,9 Prozent). Gleichwohl waren vergleichsweise viele private Haushalte in der oberen Einkommensklasse (18,5 Prozent) zu finden.

Unterscheidet man im Hinblick auf die Einkommensverteilung zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen im Freistaat, so ergibt sich folgendes Bild:

Das Medianeinkommen der privaten Haushalte in den Thüringer Landkreisen (1 575 Euro) fiel im Jahr 2008 deutlich höher aus als jenes der kreisfreien Städte (1 450 Euro). Während jedoch sowohl die Landkreise, wie auch die kreisfreien Städte einen jeweils gleich hohen Anteil an privaten Haushalten in der oberen Einkommensklasse aufwiesen (jeweils 18,4 Prozent), offenbarten sich hinsichtlich der unteren Einkommensklasse große Abweichungen. Hier war der Anteil in den kreisfreien Städten (43,9 Prozent) deutlich höher als in den Landkreisen (36,6 Prozent).



Eine gewisse Bedeutung hinsichtlich der Einkommensschichtung kommt der Erwerbslosenquote zu³⁾. Südwestthüringen hatte im Jahresdurchschnitt 2008 mit 4,8 Prozent die mit Abstand niedrigste Erwerbslosenquote unter den vier Thüringer Planungsregionen und belegte gleichzeitig beim Medianeinkommen der Haushalte den Spitzenplatz. Dagegen unterschieden sich Nordthüringen (9,4 Prozent), Ostthüringen (9,3 Prozent) und Mittelthüringen (9,4 Prozent) bezüglich der Erwerbslosenquote nur geringfügig. In den Thüringer Landkreisen (8,2 Prozent) war die Erwerbslosenquote gleichfalls deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten des Freistaates (9,3 Prozent).

Kreisfreie Städte mit höherer Erwerbslosenquote

Auch der Anteil der Einpersonenhaushalte scheint einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Einkommensschichtung zu haben. In Südwestthüringen und Nordthüringen - den beiden Thüringer Planungsregionen mit vergleichsweise hohen Medianeinkommen der Haushalte - lag der Anteil der Einpersonenhaushalte

3) Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppe.

halte (37,4 bzw. 31,9 Prozent) jeweils unter dem Thüringer Durchschnitt (37,6 Prozent). Dagegen wiesen Ostthüringen und Mittelthüringen einen jeweils über dem Thüringer Durchschnitt liegenden Anteil an Einpersonenhaushalten (38,0 bzw. 40,2 Prozent) auf.

Hoher Anteil an Einpersonenhaushalten in den kreisfreien Städten

Sehr deutlich wird der Zusammenhang wieder bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen des Freistaates. Während der Anteil der Einpersonenhaushalte bei den kreisfreien Städten (45,5 Prozent) deutlich über dem Landesdurchschnitt lag, war er in den Landkreisen (34,5 Prozent) nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Der vergleichsweise hohe Anteil an Einpersonenhaushalten kann – neben der relativ niedrigen Erwerbslosenquote - erklären, warum das Medianeinkommen der Haushalte in den kreisfreien Städten des Landes deutlich unter jenem der Thüringer Landkreise liegt.

Nettoeinkommensverteilung und Armutsgefährdungsquoten 2008 im Bund-Länder-Vergleich

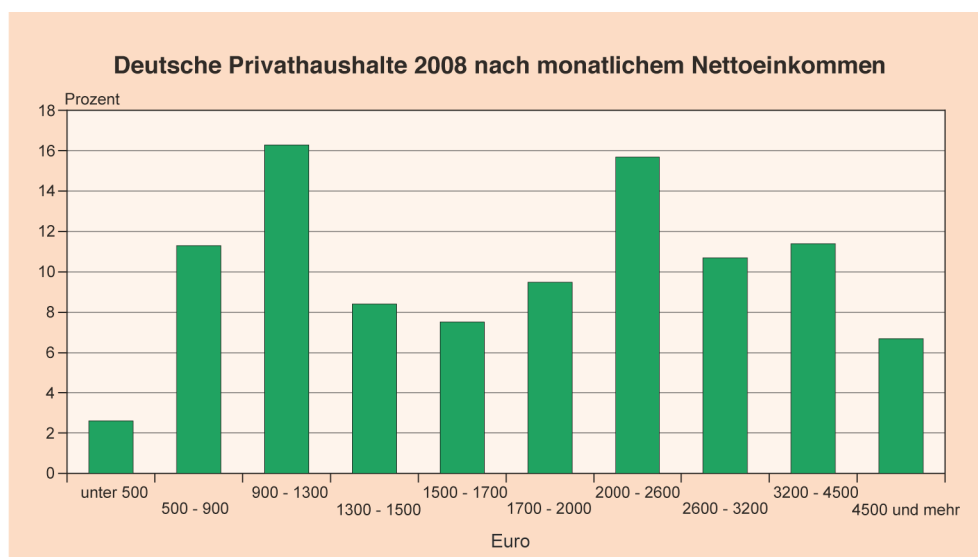
Nachdem im ersten Teil zu dieser Thematik die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Thüringen selbst im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, werden nunmehr die Nettoeinkommensverhältnisse in Thüringen in Relation zu anderen Bundesländern und dem gesamten Bundesgebiet näher beleuchtet. Dabei wird insbesondere auch auf die Messung von Verteilungsungleichheit von **Nettoeinkommen** in Deutschland eingegangen. Abgerundet wird das Bild durch einen Bund-Länder-Vergleich von Armutsgefährdungsquoten.

Nettoeinkommensniveau

Im Jahr 2008 gab es in der Bundesrepublik Deutschland rund 39,4 Mill. private Haushalte. Davon befanden sich 30,9 Mill. im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und 8,5 Mill. in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Für das gesamte Bundesgebiet lässt sich ein Median der monatlichen **Nettoeinkommen** aller privaten Haushalte von 1 800 Euro errechnen¹⁾. Für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug das monatliche Medianeinkommen aller privaten Haushalte 1 950 Euro und für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) 1 500 Euro.

Fast 40 Millionen private Haushalte in Deutschland

Im gesamten Bundesgebiet gab es im Jahr 2008 bezogen auf die monatlichen Haushaltsnettoeinkommen etwa gleich viel private Haushalte am oberen und unteren Ende der Einkommensskala. So standen etwa 10,5 Mill. Haushalten mit einem **Nettoeinkommen** von monatlich netto 2 600 Euro und mehr, darunter 2,4 Mill. Haushalte mit netto 4 500 Euro und mehr, rund 11,0 Mill. Haushalte mit einem monatlichen **Nettoeinkommen** von unter 1 300 Euro gegenüber.



1) Bei der Ermittlung des mittleren Nettoeinkommens wird als Maß in der Regel der Median (Zentralwert) und nicht das Arithmetische Mittel (Durchschnitt) verwendet. Dabei werden die Haushalte oder Personen ihrem Nettoeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Wert, der die betrachtete Population in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Nettoeinkommen zur Verfügung. Der besondere Vorteil der Verwendung des Medians bei Nettoeinkommensanalysen liegt darin, dass er, anders als das Arithmetische Mittel, nicht durch extrem hohe oder extrem niedrige Werte („Ausreißer“) beeinflusst wird. Im Text werden Haushaltsnettoeinkommen auf 25 Euro gerundet, da die Angaben mit einem Stichprobenfehler behaftet sind und die berechneten Werte in der Grafik sonst eine Genauigkeit vortäuschen, die real nicht vorhanden ist.

Jeder siebte deutsche Haushalt muss mit weniger als 900 Euro auskommen

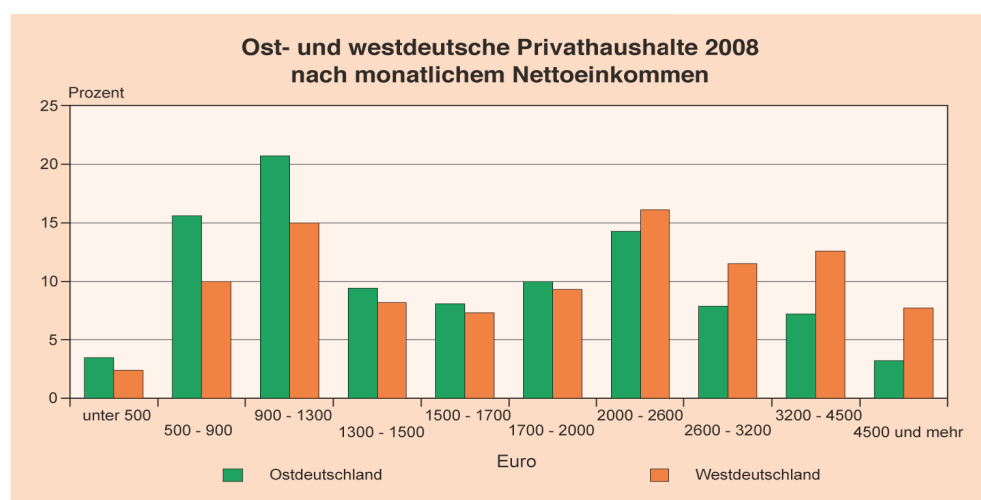
Von den knapp 36,6 Mill. bundesdeutschen Haushalten mit Einkommensangabe²⁾ musste im Jahr 2008 etwa jeder Siebte (13,9 Prozent) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, wobei Haushalte mit unter 500 Euro einen eher geringen Teil ausmachten. Gleichwohl wurden beinahe eine Mill. Haushalte registriert, die ein monatliches **Nettoeinkommen** von lediglich 500 Euro und darunter im Monat erzielten. Das waren immerhin 2,6 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit Einkommensangabe.

Nur jeder fünfte deutsche Haushalt befindet sich in den neuen Bundesländern und Berlin

Lediglich etwas mehr als jeder fünfte deutsche Privathaushalt (21,6 Prozent) befindet sich in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Bereits das Bundesland Nordrhein-Westfalen (8,5 Mill. Haushalte) weist für sich genommen genau so viele Haushalte auf wie die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) zusammen. Dazu kommen gleichfalls bevölkerungsstarke Bundesländer wie Bayern mit 5,8 Mill. Haushalten und Baden-Württemberg mit 4,9 Mill. Haushalten. Verglichen damit nimmt sich der Freistaat Thüringen mit 1,1 Mill. Haushalten relativ bescheiden aus.

Erhebliche Einkommensdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland

Im Jahr 2008 waren zwischen Haushalten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) sowohl im unteren als auch im oberen Einkommensbereich noch erhebliche Einkommensdifferenzen zu verzeichnen. Während in den unteren Einkommensgruppen bis unter 1 300 Euro in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) fast zwei Fünftel der Haushalte (39,8 Prozent) anzutreffen waren, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gerade einmal 27,5 Prozent. Absolut betrachtet gehörten freilich deutlich mehr Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) dem unteren Einkommensbereich an: Während in Westdeutschland knapp 7,8 Mill. Haushalte über ein monatliches **Nettoeinkommen** von weniger als 1 300 Euro verfügten, waren es in Ostdeutschland beinahe 3,3 Mill. Haushalte.



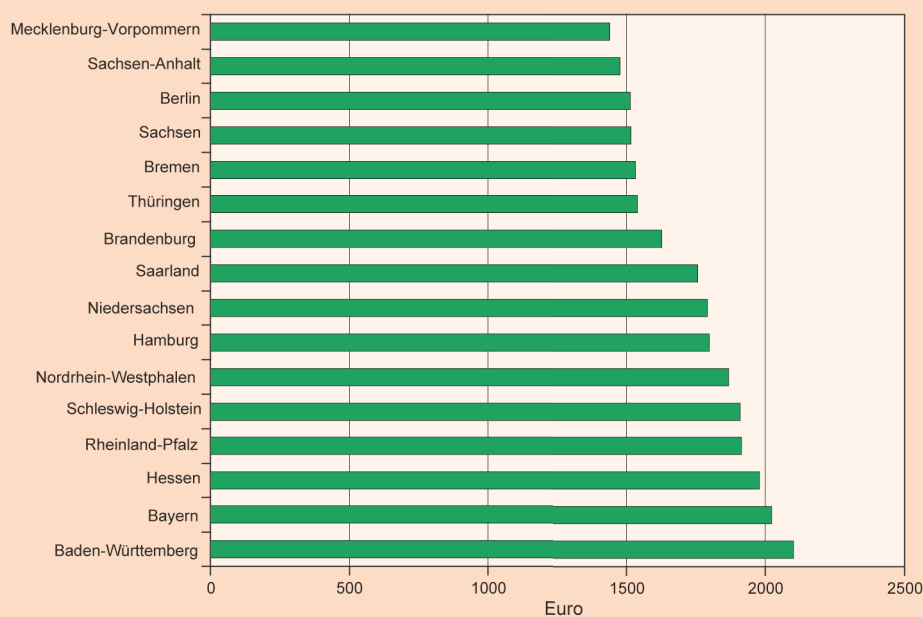
Die festgestellten Einkommensdifferenzen gelten jedoch in noch stärkerem Maße für den oberen Bereich der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. In den oberen Einkommensgruppen ab einem monatlichen **Nettoeinkommen** von 2 600 Euro und mehr waren 31,7 Prozent aller Haushalte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), aber nur 18,3 Prozent aller Haushalte in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) vertreten. In absoluten Zahlen betrachtet, befinden sich im oberen Einkommensbereich ab 2 600 Euro netto im Monat fast 9,0 Mill. Haushalte in Westdeutschland und etwas mehr als 1,5 Mill. in Ostdeutschland. Diese Zahlen machen deutlich, dass auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung die Einkommensstrukturen bezüglich der Haushaltsnettoeinkommen in Ost- und Westdeutschland bei weitem noch nicht ausgeglichen sind.

²⁾ Bei Selbständigen in der Landwirtschaft wird das Nettoeinkommen nicht erfragt.

Im Jahr 2008 lag Thüringen deutlich unter dem gesamtdeutschen Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von etwa 1 800 Euro. In der Rangfolge aller 16 Bundesländer belegte der Freistaat aber mit einem Medianeinkommen aller Haushalte von etwa 1 550 Euro gemeinsam mit der Hansestadt Bremen den zehnten Platz. Die höchsten Medianeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (2 100 Euro), Bayern (2 000 Euro) und Hessen (2 000 Euro) erzielt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (1 450 Euro) und Sachsen-Anhalt (1 500 Euro). Zwischen dem Bundesland mit dem höchsten Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und jenem mit dem geringsten Wert bestand im Jahr 2008 somit ein Unterschied von rund 650 Euro. Alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) lagen deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen.

Medianeinkommen in Baden-Württemberg am höchsten

Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2008 nach Bundesländern



Betrachtet man Ostdeutschland für sich genommen, so stellt man fest, dass im Jahr 2008 alle neuen Bundesländer (einschl. Berlin) deutlich unter dem gesamtdeutschen Medianeinkommen von 1 800 Euro lagen. Brandenburg ist mit einem Median von rund 1 600 Euro im Vergleich zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern das Land mit den höchsten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Hierbei dürften Wohnsitzverlagerungen einkommensstarker Berliner in das benachbarte Brandenburg eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Thüringen weist mit rund 1 550 Euro im Monat das zweithöchste Medianeinkommen in Ostdeutschland auf. Es folgen mit geringem Abstand Sachsen und Berlin (jeweils rund 1 500 Euro).

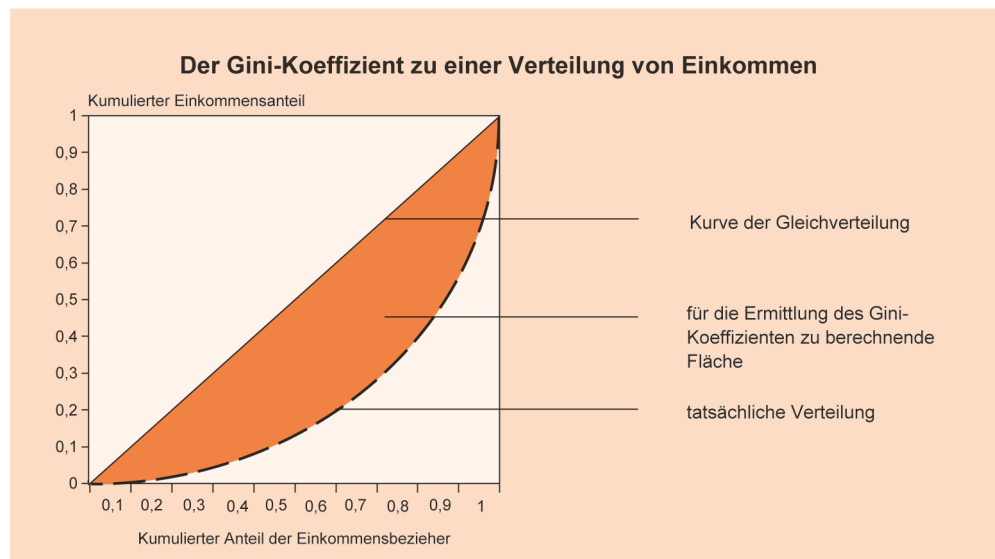
Thüringen mit zweithöchstem Medianeinkommen in Ostdeutschland, Abstand allerdings gering

Da die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bei der obigen Betrachtung der Haushaltsnettoeinkommen unberücksichtigt bleiben, können Ungleichheiten zwischen Haushalten so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grunde wird in den folgenden vergleichenden Analysen das Äquivalenzeinkommen³⁾ für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

3) Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen.

Nettoeinkommensverteilung

Nachdem im vorherigen Abschnitt das Niveau der **Nettoeinkommen** im Mittelpunkt der Betrachtungen stand, soll nunmehr dargestellt werden, wie das **Nettoeinkommen** auf die Haushalte verteilt wird. International wird die Einkommensverteilung nach einer vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelten Methode bestimmt. Dabei ist der so genannte Gini-Koeffizient ein Maß der relativen Konzentration beziehungsweise Ungleichheit und kann einen Wert zwischen Null und Eins annehmen. Im Falle der Gleichverteilung ergibt sich für den Gini-Koeffizienten ein Wert von Null und im Falle der Konzentration des gesamten Einkommens auf nur einen Einkommensbezieher ein Wert von 1. Mit anderen Worten: Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt.



Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen ^{*)}

	2005	2006	2007	2008
Baden-Württemberg	0,28	0,28	0,28	0,28
Bayern	0,29	0,29	0,29	0,29
Bremen	0,30	0,29	0,29	0,29
Hamburg	0,32	0,31	0,32	0,32
Hessen	0,30	0,30	0,30	0,30
Niedersachsen	0,29	0,28	0,28	0,28
Nordrhein-Westfalen	0,29	0,29	0,29	0,29
Rheinlandpfalz	0,29	0,28	0,28	0,29
Saarland	0,28	0,28	0,28	0,27
Schleswig-Holstein	0,28	0,28	0,28	0,28
Berlin	0,30	0,30	0,30	0,30
Brandenburg	0,27	0,26	0,25	0,26
Mecklenburg-Vorpommern	0,26	0,25	0,25	0,25
Sachsen	0,24	0,24	0,24	0,25
Sachsen-Anhalt	0,25	0,25	0,25	0,25
Thüringen	0,25	0,24	0,24	0,24
Deutschland	0,29	0,29	0,29	0,29
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	0,29	0,29	0,29	0,29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	0,27	0,26	0,26	0,26

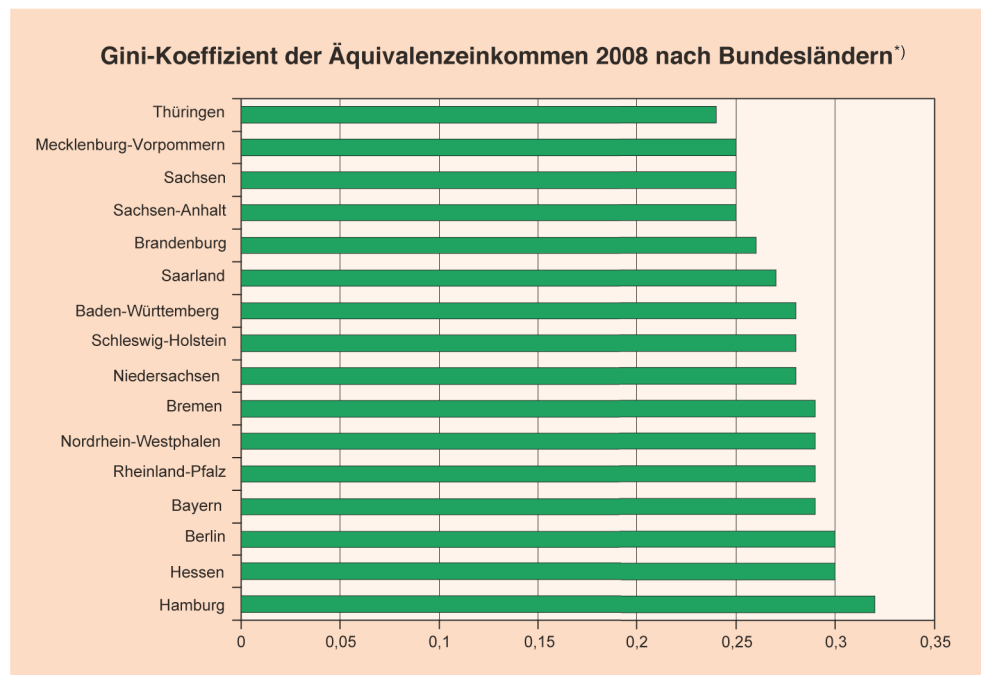
^{*)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Einkommensverteilung in Thüringen am gleichmäßigsten

Das deutsche Bundesland mit der gleichmäßigsten Einkommensverteilung im Jahr 2008 war Thüringen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,24. Die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen mit jeweils 0,25

ebenfalls weit vorn. Für Brandenburg wurde ein Koeffizient von 0,26 errechnet, für Berlin 0,30. Die ungleichmäßigste Einkommensverteilung in Deutschland wies Hamburg mit einem Gini-Koeffizienten von 0,32 auf.

Deutschland insgesamt weist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 eine im internationalen Maßstab recht gleichmäßige Einkommensverteilung auf. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit einem Koeffizienten von 0,29 und den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) mit 0,27. Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, hat sich die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2005 in keinem Bundesland wesentlich verändert.



Je größer der Gini-Koeffizient, desto ungleicher sind die Einkommen verteilt und umgekehrt

^{*)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Einkommensarmut

Die im Weiteren beschriebenen Ergebnisse für Indikatoren zur Einkommensarmut basieren auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut, welches die Einkommensverteilung in einen Armutsgefährdungsbereich und den Rest der Verteilung aufteilt. Die Grenze zwischen beiden Bereichen wird hierbei durch einen vordefinierten Schwellenwert markiert, der zum Median der Einkommensverteilung in Relation steht. Die Armutsgefährdungsquote, auch Armutsrisikoquote genannt, wird gemäß dem Standard der Europäischen Union definiert als der Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Bevölkerung beträgt. Als relativ einkommensarm bzw. armutsgefährdet gelten demnach Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt.

Diese Armutsgefährdungsschwelle lässt sich auf regionaler Ebene in zwei Varianten darstellen. Das **Nationalkonzept** basiert auf dem Medianeinkommen des gesamten Bundesgebietes (Bundesmedian). Den so errechneten Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zu Grunde. Im Gegensatz dazu wird nach dem **Regionalkonzept** die Armutsgefährdungsschwelle auf der Grundlage des Medianeinkommens der jeweiligen Region bzw. des jeweiligen Bundeslandes errechnet. Für jedes Bundesland ergibt sich dann eine eigene Armutsgefährdungsschwelle. Hierdurch wird unterschiedlichen Medianeinkommen bzw. Einkommensniveaus in den verschiedenen Bundesländern Rechnung getragen.

Armutsrisikoquoten 2008*) nach Bundesländern

Bundesland	Auf Basis des Nationalkonzepts	Auf Basis des Regionalkonzepts
	Prozent	
Baden-Württemberg	10,2	13,3
Bayern	10,8	13,6
Bremen	22,2	18,2
Hamburg	13,1	16,1
Hessen	12,7	15,0
Niedersachsen	15,8	14,7
Nordrhein-Westfalen	14,7	14,6
Rheinland-Pfalz	14,5	15,4
Saarland	15,8	14,3
Schleswig-Holstein	13,1	14,9
Berlin	18,7	14,3
Brandenburg	16,8	13,8
Mecklenburg-Vorpommern	24,0	14,4
Sachsen	19,0	13,4
Sachsen-Anhalt	22,1	15,0
Thüringen	18,5	13,3
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,1	14,5
Neue Bundesländer (mit Berlin)	19,5	13,8
Bundesrepublik Deutschland	14,4	14,4

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Nationalkonzept

Armutsrisiko in Ostdeutschland höher

Für das Jahr 2008 wurde aus den Ergebnissen des Mikrozensus für Deutschland insgesamt eine Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung von 14,4 Prozent errechnet. Nach dem Nationalkonzept gab es dabei einen deutlichen Ost-West-Unterschied: Während in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 19,5 Prozent der Bevölkerung ein erhöhtes Armutsrisiko aufwiesen, waren es im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 13,1 Prozent deutlich weniger.

Auch in den einzelnen Bundesländern zeigt die Armutsgefährdungsquote deutliche Unterschiede: Während in Mecklenburg-Vorpommern fast jeder Vierte (24,0 Prozent) und in Sachsen-Anhalt 22,1 Prozent der Bevölkerung ein **Nettoeinkommen** von weniger als 60,0 Prozent des Bundesmedians zur Verfügung hatten, traf dies in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern nur auf 10,2 bzw. 10,8 Prozent der Bevölkerung zu.

Regional große Unterschiede beim Armutsrisiko

Allerdings zeigt sich zwischen den einzelnen Bundesländern nicht nur der Ost-West-Unterschied. Innerhalb des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin) weist beispielsweise die Bevölkerung in Bremen mit einer Quote von 22,2 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als beispielsweise in Hamburg (13,1 Prozent). Innerhalb der neuen Bundesländer (einschl. Berlin) waren die Unterschiede nicht derart gravierend. Gleichwohl waren die Brandenburger (16,8 Prozent) und Thüringer (18,5 Prozent) in geringerem Maße dem Armutsrisiko ausgesetzt als die Bevölkerung in Berlin (18,7 Prozent) und Sachsen (19,0 Prozent) sowie den bereits erwähnten Bundesländern Sachsen-Anhalt (22,1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (24,0 Prozent).

Armutsgefährdungsquote in den neuen Bundesländern in fast allen Altersgruppen höher

Die Armutsgefährdungsquote war in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) in beinahe allen Altersgruppen höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Einzig die Altersgruppe der 65 Jahre und Älteren wies im Osten mit 10,2 Prozent (Thüringen: 10,5 Prozent) eine geringere Quote auf als im Westen mit 12,5 Prozent. Während die Armutsgefährdungsquote der weiblichen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern mit 13,7 Prozent höher lag als bei der männlichen Bevölkerung mit 12,4 Prozent, waren im ostdeutschen Durchschnitt mit 19,6 Prozent bei den Frauen

und 19,4 Prozent bei den Männern kaum Unterschiede auszumachen. Allerdings trifft dies nicht auf alle neuen Bundesländer gleichermaßen zu: In Thüringen etwa waren Frauen mit 19,4 Prozent einem deutlich höheren Armutsgefährdungsrisiko ausgesetzt als Männer mit 17,6 Prozent.

In ganz Deutschland waren erwerbslose Personen sowie Alleinerziehende und deren Kinder in besonderem Maße von Armut bedroht. Doch auch hier sind im Ost-West-Vergleich erhebliche Unterschiede festzustellen: Während die Armutsgefährdung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) durchschnittlich 51,8 Prozent aufwies, waren es in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin) 62,7 Prozent. Thüringen lag hier mit 64,0 Prozent über dem ostdeutschen Durchschnitt. Ein noch höheres Armutsrisiko hatten die Erwerbslosen in Sachsen (65,0 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 67,2 Prozent). Im Vergleich aller deutschen Bundesländer war die Armutsgefährdung Erwerbsloser in der Hansestadt Bremen am höchsten (68,7 Prozent).

**Erwerbslose und
Alleinerziehende mit
hohem Armutsrisiko**

Armutsrisikoquoten 2008^{*)} nach soziodemografischen Merkmalen 2008 (auf Basis des Nationalkonzepts)

Merkmal	Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	Neue Länder (mit Berlin)	Thüringen
	Prozent		
Insgesamt	13,1	19,5	18,5
Alter			
unter 18	16,8	26,7	26,2
18 bis unter 25	20,0	30,4	26,1
25 bis unter 50	11,5	20,1	18,8
50 bis unter 65	10,2	18,9	18,6
65 und älter	12,5	10,2	10,5
Geschlecht			
männlich	12,4	19,4	17,6
weiblich	13,7	19,6	19,4
Haushaltstyp ¹⁾			
Einpersonehaushalte	21,3	31,3	32,1
Zwei Erwachsene, ohne Kinder	8,0	10,4	10,9
Sonstige Haushalte ohne Kinder	7,1	12,6	9,9
Ein Erwachsener und ein oder mehrere Kinder	37,5	46,4	54,6
Zwei Erwachsene und ein Kind	8,8	16,6	15,3
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	9,2	18,6	18,5
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	23,4	32,5	32,4
Sonstige Haushalte mit Kindern	14,9	22,1	18,1
Erwerbsstatus ²⁾			
Erwerbstätige	6,4	11,4	10,8
davon Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)	7,4	13,0	15,5
davon abhängig Erwerbstätige	6,3	11,2	10,3
Erwerbslose	51,8	62,7	64,0
Nichterwerbspersonen	17,2	21,0	20,9
davon Rentner und Pensionäre	12,1	12,2	13,0
davon Personen im Alter von unter 18 Jahren	17,1	26,8	26,4
davon sonstige Nichterwerbspersonen	27,8	41,8	42,1
Qualifikationsgruppe ³⁾			
Geringqualifizierte	32,7	43,1	39,9
Qualifizierte	11,5	22,2	21,4
Hochqualifizierte	4,1	7,3	7,1

*) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

1) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

2) Nach dem „Labour-Force-Konzept“ der International Labour Organization (ILO).

3) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt.

Bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten betrug das Armutsrisiko in Westdeutschland 37,5 Prozent und in Ostdeutschland 46,4 Prozent. Auf der Ebene der Bundesländer sind jedoch größere Abweichungen festzustellen: Während sich die Armutsgefährdungsquote von Mitgliedern in Alleinerziehenden Haushalten in Baden-Württemberg und Hamburg auf 31,8 bzw. 32,1 Prozent belief, war sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 67,7 Prozent am höchsten. Dagegen lag Thüringen mit einer Armutsgefährdungsquote von 54,6 Prozent hier bundesweit im Mittelfeld.

Aus „regionaler Perspektive“ Armutsrisiko in Baden-Württemberg und Thüringen am geringsten

Regionalkonzept

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn für die Berechnung nicht die einheitliche Armutsgefährdungsschwelle auf der Basis des Bundesmedians (Nationalkonzept), sondern die jeweiligen regionalen Armutsgefährdungsschwellen (Regionalkonzept) herangezogen werden. Auf diese Weise wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den einzelnen Bundesländern Rechnung getragen. Auf der Grundlage des Landesmedianeinkommens fallen die Unterschiede bei den Armutsgefährdungsquoten zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich geringer aus. Bei den aus dieser „regionalen Perspektive“ errechneten Armutsgefährdungsquoten wiesen im Jahr 2008 die Bundesländer Bremen (18,2 Prozent) und Hamburg (16,1 Prozent) das höchste und die Bundesländer Baden-Württemberg und Thüringen (jeweils 13,3 Prozent) das geringste Armutsrisiko auf.

Das regionale Preisniveau

- Thüringen im Vergleich zu seinen Nachbarländern -

Vorbemerkungen

Die Ergebnisse dieses Aufsatzes stammen aus der vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung verfassten Broschüre zum Regionalen Preisindex¹⁾. Die Daten stammen aus verschiedenen Erhebungen der Jahre 2006 und 2007. Die Anteile am Warenkorb entsprechen dem Wägungsschema des Statistischen Bundesamtes zur Berechnung des Verbraucherpreisindex

Mit Hilfe des statistischen Warenkorbes wird vom Statistischen Bundesamt der Verbraucherpreisindex erstellt. Gleichzeitig dient er zur Messung der Inflationsrate. Es handelt sich dabei um einen fiktiven, jedoch repräsentativen Warenkorb, der etwa 750 Güter und Dienstleistungen enthält. Das Wägungsschema gewichtet die einzelnen Positionen und Preise entsprechend ihrem Anteil an den Haushaltsausgaben. Somit setzt sich der aktuelle Warenkorb wie folgt zusammen:

• Wohnung, Wasser, Gas, Brennstoffe	30,2 %
• Verkehr	13,9 %
• Freizeit, Kultur, Unterhaltung	11,0 %
• Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	10,3 %
• Einrichtungsgegenstände	6,9 %
• Bekleidung, Schuhe	5,5 %
• Hotel, Restaurants	4,7 %
• Tabakwaren, alkoholische Getränke	3,7 %
• Gesundheit, Pflege	3,5 %
• Nachrichtenübermittlung	2,5 %
• Bildungswesen	0,7 %
• Andere Waren und Dienstleistungen	7,0 %

Waren und Dienstleistungen werden hier nicht in der Reihenfolge des amtlichen Warenkorbes abgehandelt, sondern in unterschiedliche Gruppen nach dem räumlichen Muster der Preisunterschiede eingeteilt.

Es werden verschiedenste Güter unter dem Gesichtspunkt bestimmter regionaler Auffälligkeiten betrachtet. Die folgenden Abschnitte behandeln unter anderem den Vergleich der Nahrungsmittel im räumlichen Kontext, Güter mit einheitlichen Preisen, Güter die einem Stadt-Land-Gefälle unterliegen, Güter mit Ost-West- und Nord-Süd-Disparitäten, sowie Güter, die keinem eindeutigen Muster folgen.

Des Weiteren werden die jeweiligen Erkenntnisse für Thüringen anhand der Grafiken mit den benachbarten Bundesländern verglichen.

1) Vgl.: BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Regionaler Preisindex

Nahrungsmittelpreise

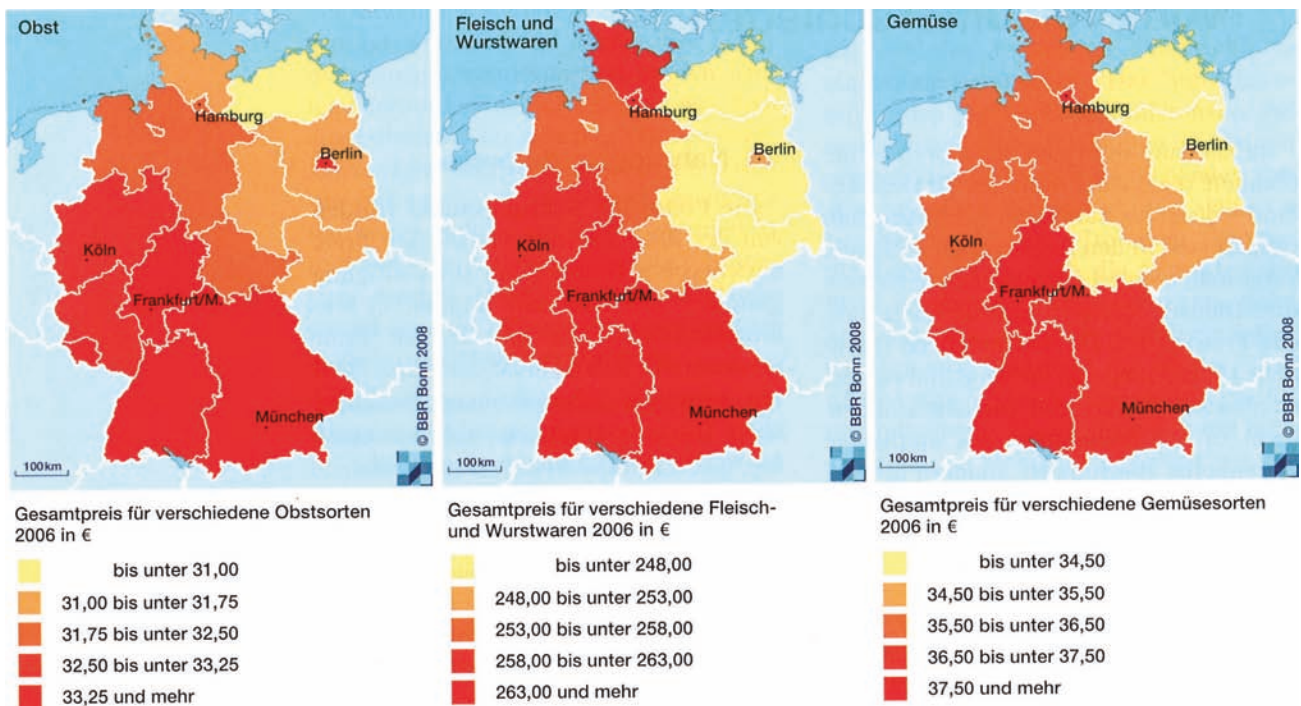
Für die Auswertung der Nahrungsmittelpreise wurden die Daten der ZMP Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle GmbH Bonn verwendet, welche eine Darstellung auf Länderebene zulassen.

Bundesweit fast einheitliche Preise bei Verbrauchermärkten und Discountern

Die verschiedenen Verbrauchermärkte oder Discounter haben deutschlandweit gleiche oder fast einheitliche Preise, so dass hier also nur sehr geringe Preisunterschiede innerhalb der Bundesländer festzustellen sind. Stärker variieren jedoch die Preise z.B. an Wurst- und Käsetheken mit Bedienung, ebenso wie die Preise diverser Güter auf Wochenmärkten wie beispielsweise Eier aus Bodenhaltung. Für die Nahrungsmittelgruppen Obst, Fleisch- und Wurstwaren sowie Gemüse lässt sich eine Dreiteilung feststellen, wobei die neuen Bundesländer etwas günstiger sind, die alten Bundesländer im Norden haben durchschnittlich hohe Preise und die alten Bundesländer im Süden sind noch mal etwas teurer. Für Milch und Milchprodukte dreht sich das Verhältnis zwischen den alten Bundesländern im Süden und denen im Norden um, die Preise in den neuen Bundesländern sind weiterhin am niedrigsten.

Die folgenden Grafiken stellen die Beobachtungen für Thüringen im Vergleich mit den benachbarten Bundesländern dar. Die Angaben stellen die Preise in Euro dar, die pro Person im Jahr 2006 durchschnittlich für das jeweilige Nahrungsmittel aufzuwenden waren.

Preise für Obst, Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren in 2006



Güter mit deutschlandweit einheitlichen Preisen

Einige Güter sind aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in ganz Deutschland gleich teuer. Hierzu zählen z.B. Bücher, Tabakwaren, die Kraftfahrzeugsteuer, Telefon- und Portogebühren und die GEZ. Weiterhin zählen hierunter auch überregionale Zeitungen und Bahnfahrten.

Nahezu einheitliche Preise auf Automarkt

Es existieren aber auch Güter, deren Preise weder gesetzlich noch durch die Preispolitik einzelner Unternehmen geregelt werden und trotzdem keine regionalen Preisunterschiede erkennen lassen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Automobilmarkt,

sowohl für Neufahrzeuge als auch für Gebrauchte. Neue und gebrauchte Autos gehen mit 3,5 Prozent in den Warenkorb ein. Neue Autos sind in Deutschland prinzipiell überall gleich teuer. Aber auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt kann sich aufgrund seiner Transparenz kaum eine regionale Preisgestaltung etablieren.

Güter mit Preisunterschieden zwischen Stadt und Land

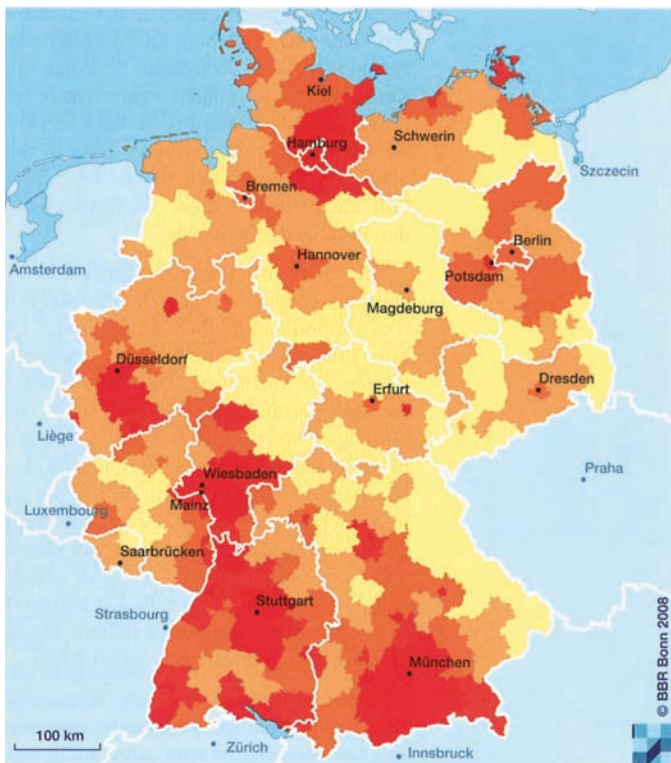
Die Miete hat mit 20,3 Prozent den größten Anteil am Warenkorb. Für die Höhe der Miete ist unter anderem das Wohnumfeld von entscheidender Bedeutung. Das Wohnumfeld ist jedoch eine meist individuell zu bewertende Größe, bei der es durchaus zu unterschiedlichen Ansichten kommen kann. Beispielsweise sehen Vermieter das Umfeld anders als der jeweilige Mieter und auch zwischen den Altersgruppen kommt es zu unterschiedlichen Bewertungen. So kann man sagen, dass Bewohner von Großstädten nicht prinzipiell besser gestellt sind als jene in Kleinstädten oder Landgemeinden, da die Vorteile des Stadtlebens auch immer mit Nachteilen - wie z.B. Umwelt, Lärm oder Anonymität - verbunden sind. Genauso verhält es sich natürlich auch auf dem Land, wobei hier Nachteile wie z.B. die Erreichbarkeit von öffentlichen Einrichtungen und Geschäften zu nennen sind.

Miete hat mit 20,3 Prozent größten Anteil am Warenkorb

Aufgrund der - auch innerhalb der Bundesländer - durchaus stark variierenden Mietpreise wurden die Bundesländer nochmals nach Kreisen unterteilt um eine hinreichend genaue Darstellung zu ermöglichen.

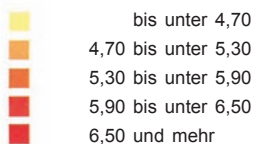
Starke Variation der Mietpreise

Preise der Nettokaltmiete in 2007



Angebotsmiete (Nettokaltmiete von freifinanzierten Wohnungen) je m² 2007 in €

Datenbasis: IDN Immodaten GmbH, BBR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem
Geometrische Grundlage: BKG, BBR, Kreisregionen 2005

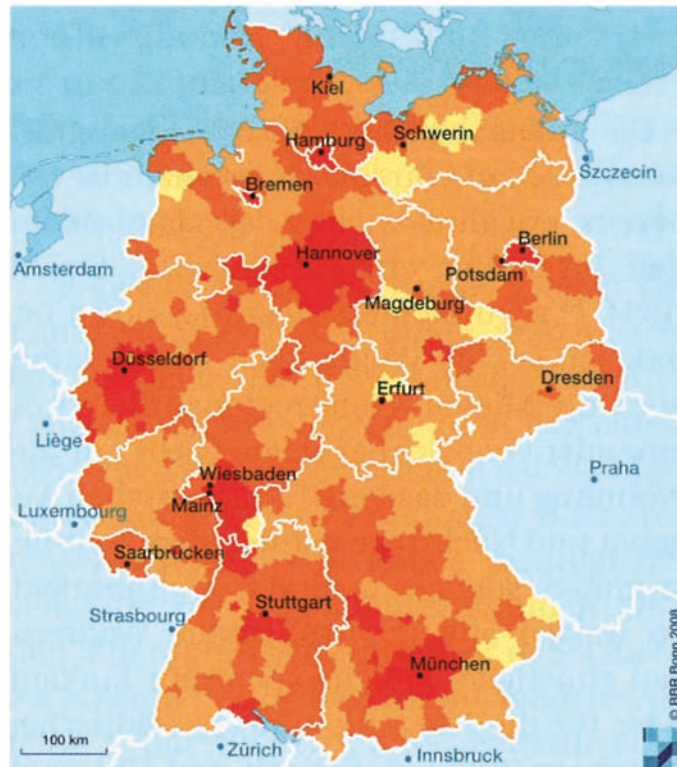


Relativ konstantes Mietniveau mit auffal- lendem Stadt-Land- Gefälle in Thüringen

Die auf Kreisebene aggregierten Werte sind starken Schwankungen unterworfen. So findet man die günstigsten Mietpreise im Kreis Tirschenreuth und in Hof mit einem Wert von durchschnittlich 3,76 Euro pro Quadratmeter, sowie das durchschnittlich teuerste Mietniveau in der Stadt München mit 10,79 Euro pro Quadratmeter. Damit sind sowohl die niedrigsten als auch höchsten Mietpreise im Freistaat Bayern zu finden. In Thüringen hingegen kann von einem einigermaßen konstanten Mietpreis gesprochen werden. Er beläuft sich landesweit auf unter 5,30 Euro, in Nord- und Südthüringen sogar auf unter 4,70 Euro. Lediglich die Regionen um Erfurt und Jena sind mit Werten von mehr als 5,30 Euro ersichtlich. Demnach gibt es auf dem Wohnungsmarkt ein auffälliges Stadt-Land-Gefälle.

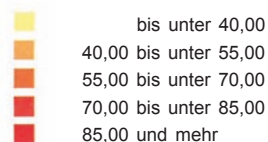
Da Hotelübernachtungen fast ausschließlich für Urlaubs- oder Geschäftsreisen dienen, werden sie meist nicht am Wohnort konsumiert. Hotelpreise können auch stellvertretend für andere Angebote, wie z.B. gastronomische Dienstleistungen oder Wellnessangebote betrachtet werden.

Preis für Übernachtung mit Frühstück im Dreisternehotel in 2007



Preis für die Übernachtung mit Frühstück im Einzelzimmer in einem 3-Sterne-Hotel 2007 in €

Datenbasis: www.hrs.de, 22.01.2007
Geometrische Grundlage: BKG, BBR
Kreisregionen 2005



Günstige Hotelpreise sowohl in alten als auch in neuen Bundesländern

Die deutschlandweiten Unterschiede für eine Übernachtung mit Frühstück in einem Dreisternehotel sind erheblich und reichen von etwa 140 Euro in Düsseldorf bis unter 35 Euro in Rottal-Inn (Bayern), Schönebeck (Sachsen-Anhalt), Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern) und Leer (Niedersachsen). Günstige Hotelpreise gibt es also sowohl in den alten, als auch in den neuen Bundesländern. Die Preise für

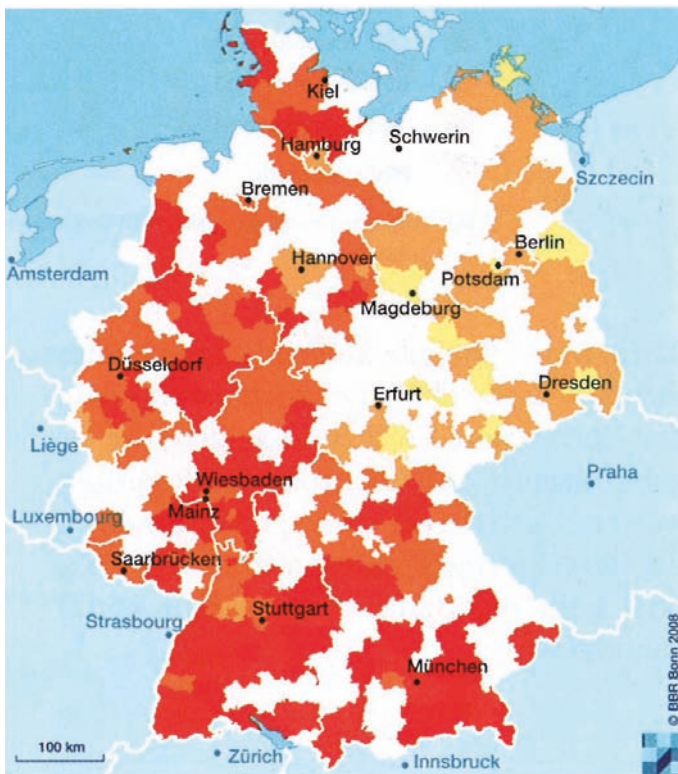
eine Übernachtung in einem 3-Sterne-Hotel entsprechen in Thüringen in etwa dem Bundesdurchschnitt und bewegen sich zumeist zwischen 40,00 und 70,00 Euro.

Bezüglich der Hotelübernachtungen treten jedoch deutliche Preisunterschiede zwischen den großen Städten mit ihrem Umland und abseits gelegeneren Regionen auf.

Güter mit Ost-West-Preisdisparitäten

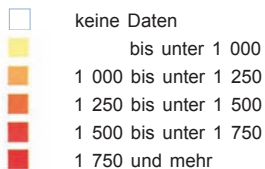
Bei bestimmten Gütern tritt ein deutlicher Ost-West-Unterschied auf. Dies wird besonders bei Dienstleistungen, aber auch bei anderen Gütern deren Preise stark vom Einkommen abhängig sind, deutlich.

Kosten für Pkw-Führerschein in 2006



Preis für einen Führerschein inklusive Grundgebühr und Prüfungsgebühren sowie Fahrschulunterricht (12 Sonderfahrten und Stadtfahrten) 2006 in €

Datenbasis:
Eigene Internetrecherche
Geometrische Grundlage:
BKG, BBR,
Kreisregionen 2005



Der Fahrschulunterricht zählt, wie auch die Kfz-Steuer oder die Garagenmiete zur Kategorie „Andere Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen“, welche mit 1,3 Prozent in den Warenkorb eingehen. Die Preise für den Fahrschulunterricht weisen ein gegenläufiges Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle auf. Hierbei ist zu bemerken, dass die Preise in den neuen Bundesländern deutlich unter denen der alten Bundesländer liegen. 2006 kostete der Führerschein in den

**Ost-West-Unterschied
besonders bei Dienstleistungen**

neuen Ländern durchschnittlich 1 033 Euro, in den alten Ländern jedoch 1 517 Euro und damit etwa 50 Prozent mehr. Da es sich bei Fahrschulen zumeist um Einmannbetriebe handelt, sind nicht - wie zu vermuten - die hohen Lohnkosten, sondern die Mietpreise und die Bevölkerungsdichte - und damit die Konkurrenz - preisbestimmend für den Führerscheinerwerb.

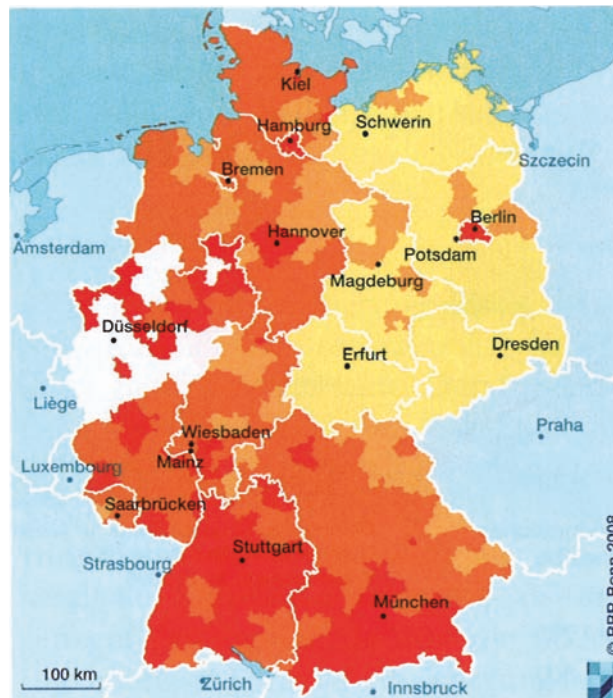
Die Abbildung zeigt, wie die Preise, welche sich aus Grundgebühr, Prüfungsgebühr, 12 Sonderfahrten und 23 Stadtfahrten zusammensetzen, in einigen Regionen der Bundesrepublik verteilt sind.

Aufgrund der regionalen Lücken bei der Datenerfassung lassen sich nicht für alle Regionen Thüringens klare Aussagen treffen. Jedoch kann man für die neuen Länder - also auch für Thüringen - festhalten, dass sich die Fahrschulkosten im Vergleich zu den alten Bundesländern auf einem relativ niedrigen Niveau zwischen 1 000 und 1 250 Euro bewegen.

Kosten für Pflegeheime variieren stark

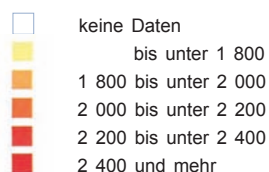
Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Kosten für Pflegeheime, wobei hier Ost-West-, Nord-Süd- und Stadt-Land-Unterschiede zu beobachten sind. Betrachtet wurden Pflegeheime, deren monatliche Kosten zwischen 750,46 Euro und 9 532,11 Euro liegen. Aufgrund dieser massiven Spannweite wurden die Preise auf Kreisebene aggregiert und die Spannweite somit bundesweit auf Werte zwischen 1 525 Euro und 2 874 Euro gesenkt.

Kosten für Pflegeheime in 2004



Monatliche Kosten für ein Pflegeheim bei Pflegestufe 1, 2004 in €

Datenbasis: BKK
Geometrische Grundlage: BKG, BBR
Kreisregionen 2005



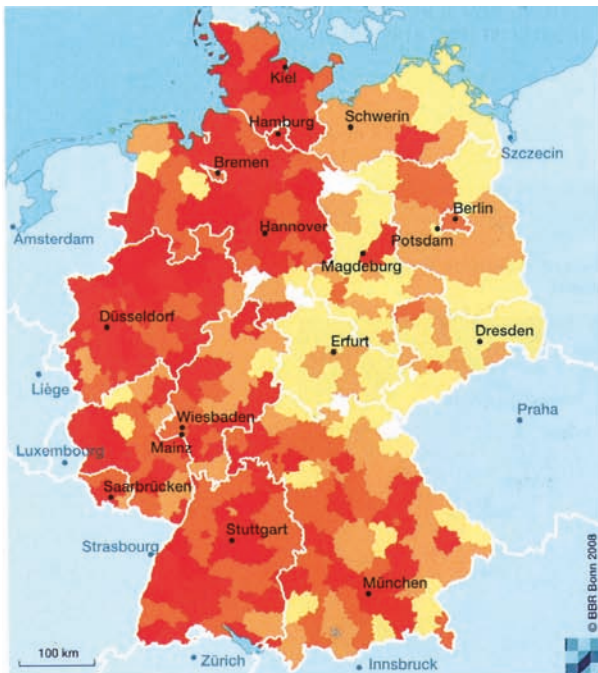
Damit ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern. Während Thüringen und Sachsen weitestgehend unter 1 800 Euro im Monat liegen, reichen die Werte in Bayern und Hessen regional von 1 800 bis über 2 400 Euro im Monat.

Die Preise für handwerkliche Dienstleistungen unterliegen ebenfalls einer Ost-West-Disparität. Jedoch bezieht sich diese nicht auf einen alleinigen Unterschied zwischen neuen und alten Bundesländern, sondern auf ein generelles West-Ost-Gefälle über das gesamte Bundesgebiet. So entsprechen die durchschnittlichen monatlichen Entgelte für Handwerker auch im östlichen Bayern in etwa dem Niveau in Thüringen oder Sachsen.

Handwerkliche Dienstleistungen im Osten Deutschlands günstiger

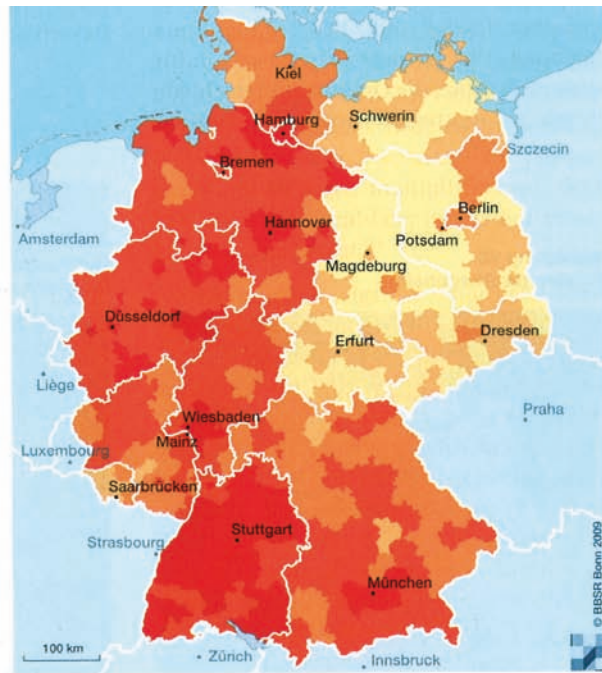
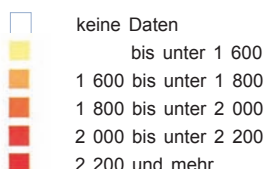
Anhand der Karte kann gezeigt werden, dass die Entgelte für die ausgewählte Handwerkergruppe und somit auch die Preise für handwerkliche Dienstleistungen in Thüringen unter dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Beim Friseurgewerbe fällt zudem auf, dass die Entgelte einem deutlichen West-Ost-Gefälle unterliegen, was sich wiederum in den Preisen für Friseurdienstleistungen niederschlägt. Auch hier weist Thüringen ein bundesweit unterdurchschnittliches Niveau auf.

Durchschnittliches monatliches Entgelt für verschiedene Handwerke in 2004



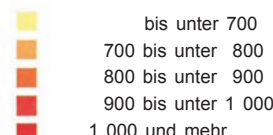
Durchschnittliches monatliches Entgelt von Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegern sowie Raumausstattern 2004 in €

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit Geometrische Grundlage: BKG, BBR Kreisregionen, 2005



Durchschnittliches monatliches Entgelt im Friseurgewerbe 2004 in €

Datenbasis: Bundesagentur für Arbeit Geometrische Grundlage: BKG, Kreisregionen, 31.12.2006



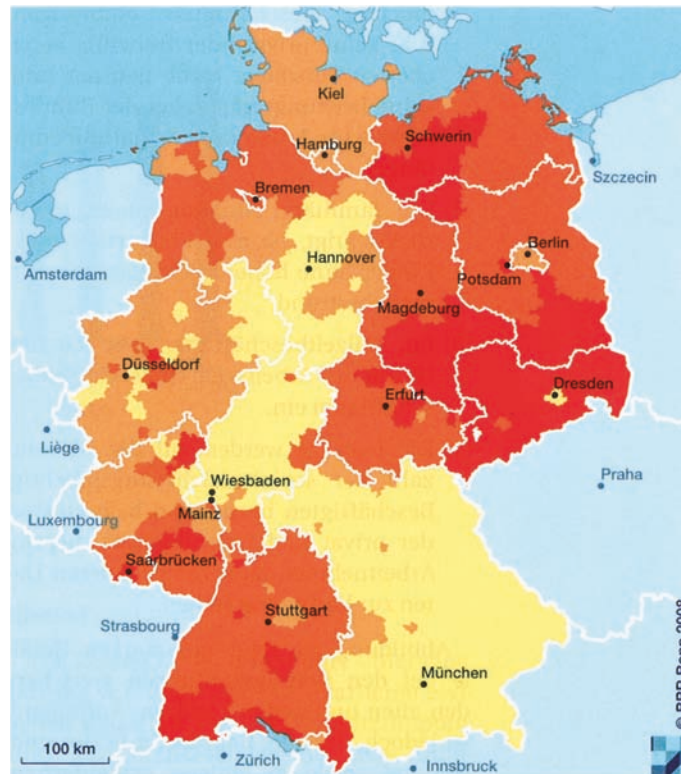
Ein anderes Bild zeigt sich bei den Strompreisen, bei denen man - bezogen auf die zu vergleichenden Bundesländer - von einem deutlichen Ost-West-Gefälle sprechen muss. Strom hat mit einem Gewichtungsfaktor von 2,5 Prozent einen hohen Anteil am Warenkorb. Trotz der Liberalisierung des Strommarktes beziehen die meisten Haushalte ihren Strom von den örtlichen Anbietern, wie z.B. Stadtwerke

Strom in den neuen Ländern deutlich teurer

und andere regionale Anbieter, wobei es im Jahr 2007 deutschlandweit für eine Referenzabnahme von 3500 kWh zu Preisunterschieden von 630 Euro in Worms und 868 Euro in Herne kam.

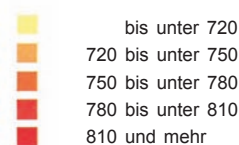
Bei der Betrachtung der Grafik wird deutlich, dass vor allem Sachsen und Sachsen-Anhalt von einem vergleichsweise hohen Strompreis betroffen sind. Die Preise für den thüringischen Strom sind bereits günstiger als in den angrenzenden neuen Bundesländern. Besonders in Hessen und Bayern - auch in der Region München - kann von einem außerordentlich niedrigen Preisniveau gesprochen werden.

Preis für Strom in 2007



Preis für 3 500 kWh Strom
2007 in €

Datenbasis: Pfalzwerke AG
Geometrische Grundlage: BKG, BBR
Kreisregionen 2005



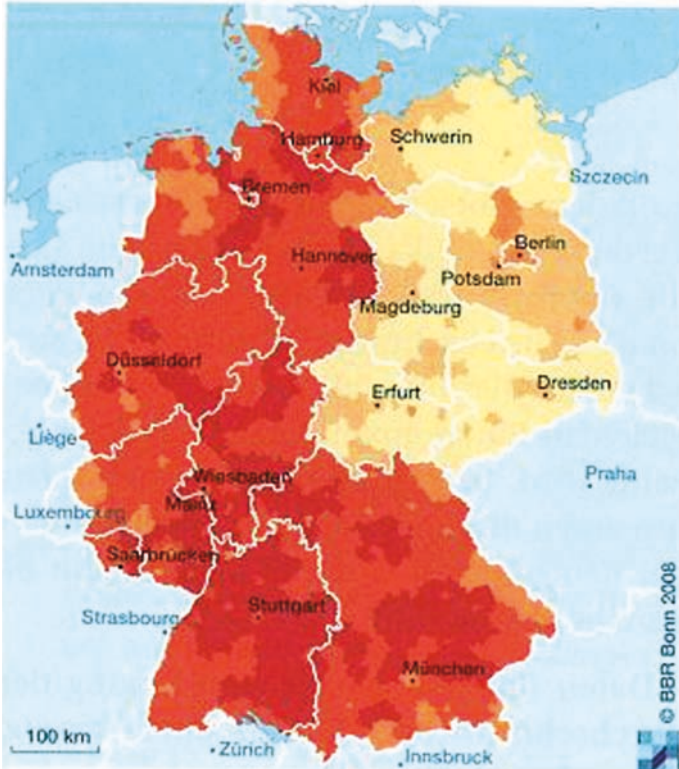
Aufgrund unterschiedlicher Einkommenshöhe ist der absolute Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in den alten Bundesländern höher

Im Hinblick auf die gesetzliche Krankenversicherung ist das starke Gefälle zwischen West und Ost eher ein indirektes Gefälle, bedingt durch die unterschiedliche Höhe der Einkommen, was auch die höheren absoluten Beiträge in und um die großen Städte erklärt.

Generell gilt aber nicht, dass höhere Durchschnittseinkommen auch proportional höhere Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung bedeuten. Zum einen gibt es eine obere Beitragsbemessungsgrenze, zum anderen können die Einkommen auch aus anderen Quellen gespeist sein - etwa aus Kapitalvermögen -, was wiederum nicht für die Berechnung der Beitragshöhe relevant ist. Somit sind Regionen mit einem höheren Durchschnittseinkommen relativ besser gestellt als solche mit einem niedrigen.

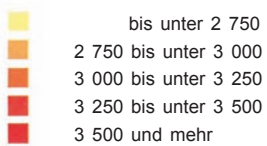
Aufgrund dieser Tatsachen ist in Thüringen eine relativ niedrige Beitragshöhe zur gesetzlichen Krankenversicherung zu entrichten. Gleiches gilt in diesem Zusammenhang auch für die neuen Bundesländer.

Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in 2003



Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Vollzeitäquivalent) 2003 in €

Datenbasis: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Geometrische Grundlage:
BKG, BBR
Kreisregionen 2005



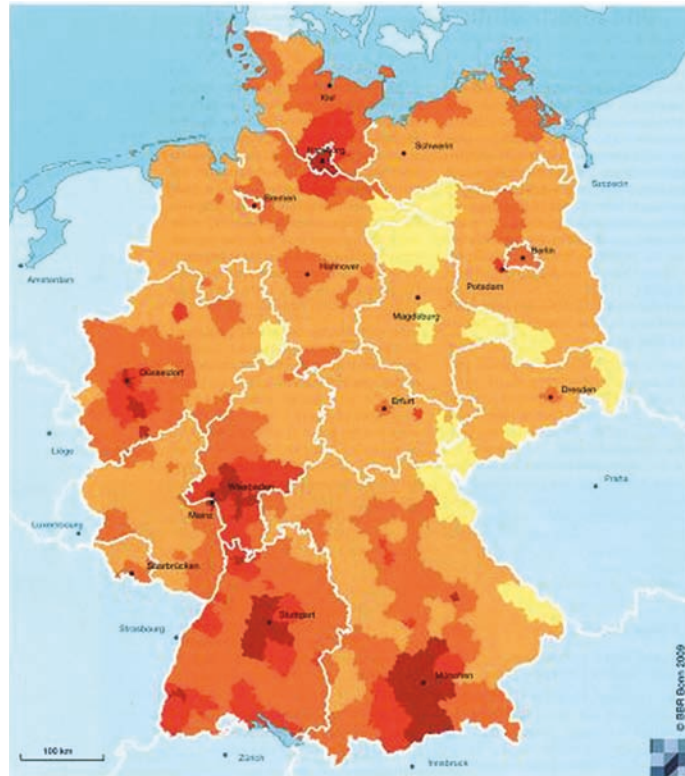
Flächendeckend durchschnittliches Preisniveau in Thüringen

Schlussbemerkung

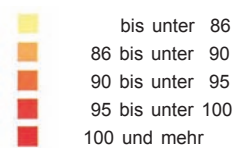
Die folgende Darstellung zeigt nun den regionalen Preisindex, wie er vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung berechnet wurde. Dabei wird deutlich, dass gerade in Thüringen flächendeckend ein durchschnittliches Preisniveau herrscht.

Weiterhin kann gezeigt werden, dass hohe Preise auch häufig mit einer hohen Attraktivität der Regionen einhergehen.

Regionaler Preisindex 2006



Regionaler Preisindex (Bonn=100)



Datenbasis:
Eigene Berechnungen des BBSR
mit Daten von 2005 bis 2009
Geometrische Grundlage:
BKG, Kreisregionen, 31.12.2006

Eine detaillierte Darstellung der zugrunde liegenden Methodik sowie weiterführende Auswertungen bezüglich verschiedener Güter und Preise findet sich in BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2009): Regionaler Preisindex.

Thüringen im bundesweiten Vergleich: Preisniveau mildert Einkommensgefälle

Die zu einem Zeitabschnitt jeweils verfügbaren Einkommen besagen für sich allein noch nicht, wie viele Waren und Dienstleistungen mit ihnen gekauft werden können. Bestimmend hierfür sind auch die Preise dieser Waren und Dienstleistungen. Da die Preise verschieden hoch sind, variiert die Kaufkraft des Geldes, d.h. die Anzahl der Gütereinheiten, die für eine Geldeinheit zu bekommen ist, nach Regionen.

Im vorliegenden Aufsatz wird eine Gegenüberstellung von Preisniveau und Einkommensniveau vorgenommen. Dabei wird sich zeigen, dass das Preisniveau die bestehende Einkommensklüft zwischen Thüringen bzw. Ostdeutschland und Westdeutschland deutlich verkleinert. Unterschiedliche Lebenshaltungskosten tragen somit zu einer Angleichung der regionalen Lebensverhältnisse bei.

Preisniveau im regionalen Vergleich

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat in einer aktuellen Studie die Preislandschaft in Deutschland untersucht.¹⁾ Dabei wurde insbesondere der Frage nachgegangen, wie stark sich unterschiedliche regionale Preisniveaus auf das reale durchschnittliche Einkommen in den Städten und Kreisen Deutschlands auswirken.²⁾ Dabei zeigt der regionale Preisindex an, um wie viel teurer oder billiger der Warenkorb gemessen an dem Normwert 100, welcher für das Preisniveau in Bonn steht, ist.

Die prosperierenden Großstädte im Süden der Bundesrepublik bilden demnach die Preisspitze. Die Stadt München hat mit 114,4 den höchsten Indexwert, gefolgt vom Landkreis München (109,6), Frankfurt/Main (108,7) und dem Landkreis Starnberg (108,4). Das Preisniveau in den nördlicheren westdeutschen Großstädten Köln (102,5), Düsseldorf (102,4) und Hamburg (101,4) ist bereits etwas niedriger. Auch preisgünstigere Großstädte in den alten Bundesländern sind immer noch teurer als Berlin (93,2), Dresden (90,8) und Leipzig (88,7). In dieses Bild fügen sich die größeren Thüringer Städte Jena (95,5), Erfurt (90,2) und Gera (87,0) nahtlos ein.

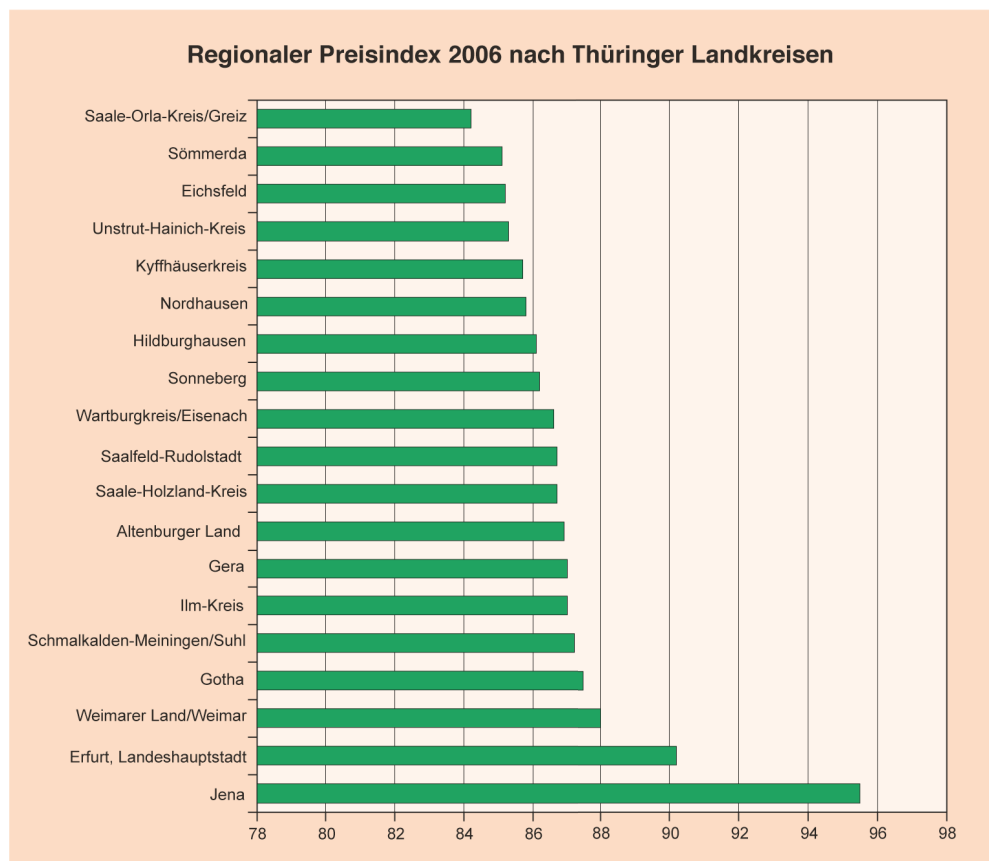
In den Städten ist das Preisniveau durchweg höher als auf dem Land. Bundesweit lebt es sich am günstigsten in den abgelegenen Landkreisen Tirschenreuth und Regen im Bayerischen Wald (83,4 bzw. 84,0), Lüchow-Dannenberg (83,7) sowie Niederschlesischer Oberlausitzkreis/Görlitz (84,2). Im Freistaat Thüringen weisen die Landkreise Greiz (84,2), Sömmerda (85,1) und Eichsfeld (85,2) das niedrigste Preisniveau auf.

Ostdeutsche Großstädte preisgünstiger als westdeutsche

Preisniveau in Städten durchweg höher

1) Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2009): Regionaler Preisindex

2) Nominaleinkommen ist in Geld bewertetes Einkommen (z.B. Lohn, Gehalt oder Rente) ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Kaufkraft. Dagegen ist das Realeinkommen eine Einkommensgröße, die die Kaufkraft des Geldes berücksichtigt. Das Realeinkommen ist somit gleichbedeutend mit der Menge an Waren und Dienstleistungen, die mit einem bestimmten Nominaleinkommen gekauft werden kann. Berechnet wird das Realeinkommen, indem das Nominaleinkommen durch den Preisindex geteilt wird.

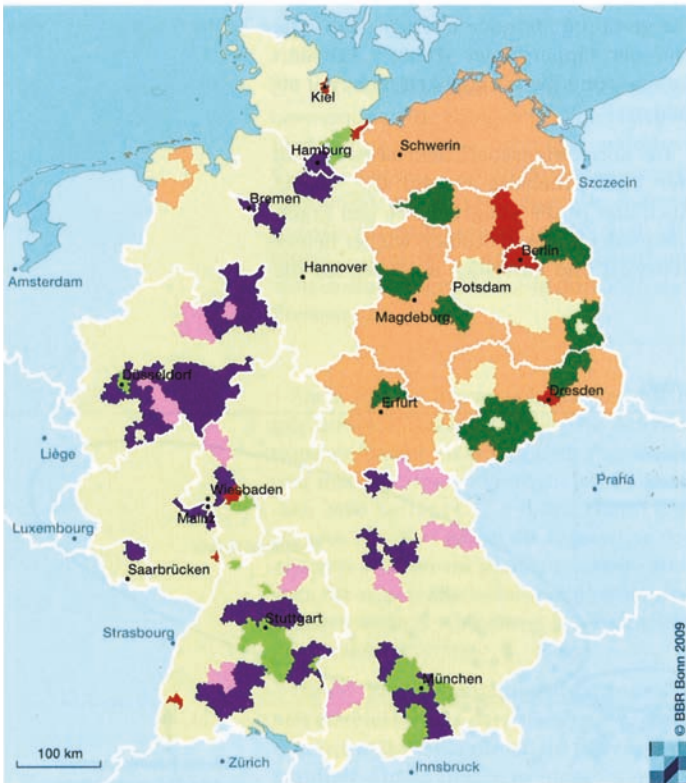


Preiseffekte regional unterschiedlich

Nominal- und Realeinkommen

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Jahr 2007 zu entscheiden, ob bei der Beamtenbesoldung regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten durch den Gesetzgeber zu berücksichtigen sind. Kläger war ein Polizist, der sich durch seine Versetzung nach München real schlechter gestellt sah. Wenn auch das Bundesverfassungsgericht damals die Klage abwies, so zeigt doch der regionale Preisindex, dass die Preise in München derart hoch sind, dass selbst vergleichsweise hohe nominale Einkommen auf durchschnittliche Realeinkommen abgesenkt werden können. Dagegen gibt es durchschnittlich einkommensstarke Städte – wie beispielsweise Freiburg im Breisgau oder Dresden – die sich hinsichtlich des Realeinkommens sogar unter dem Durchschnitt wiederfinden. Umgekehrt gibt es aber auch Regionen, in denen die Preise so günstig sind, dass trotz durchschnittlicher Nominaleinkommen, die Realeinkommen über dem Durchschnitt liegen.

Verhältnis von Nominal- und Realeinkommen 2006 in Thüringen



- geringer Preiseffekt
- Attraktivität kostet
- nominal und real guter Durchschnitt
- doch nicht Spitze
- Kompensation
- Überkompensation
- weiterhin Spitze

Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Nominal- und Realeinkommen unterscheidet das Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sieben Regionstypen:³⁾

Den ersten beiden Regionstypen ist gemeinsam, dass sie ein unterdurchschnittliches Realeinkommen charakterisiert. Die Gründe hierfür sind allerdings unterschiedlich:

Regionstyp 1: Geringer Preiseffekt

Dieser Regionstyp umfasst in Thüringen die Mehrzahl der Kreise: Hierzu zählen die Landeshauptstadt Erfurt, Gera; Jena, das Eichsfeld, Nordhausen, Unstrut-Hainich-Kreis, Kyffhäuserkreis, Gotha, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Weimarer Land/Weimar, Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis sowie das Altenburger Land. Alle diese Regionen **weisen unterdurchschnittliche Nominal- und Realeinkommen auf**. Das **Preisniveau** ist dort in Relation zum Nominaleinkommen

Geringer Preiseffekt bei Mehrzahl der Thüringer Regionen

3) Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2009): Regionaler Preisindex, S. 59 ff

so hoch, dass keine Kompensation erfolgen kann. Im Ergebnis verharrt auch das Realeinkommen auf unterdurchschnittlichem Niveau. Mit Blick auf das gesamte Bundesgebiet erscheint bemerkenswert, dass sich lediglich zwei von insgesamt 70 Regionen dieses Typs in den alten Bundesländern befinden.

Regionstyp 2: Attraktivität kostet

Attraktivität lässt Realeinkommen auf unterdurchschnittliches Niveau absinken

Nur eine überschaubare Anzahl von Regionen lässt sich zu diesem Typ zusammenfassen: Berlin, Dresden; Oberhavel, Freiburg im Breisgau, Ludwigshafen am Rhein, Frankfurt am Main, Lübeck und Kiel. Charakteristisch für sie ist zumeist, dass sie etwa als Hauptstadt, Universitätsstadt oder Finanzplatz eine besondere Attraktivität innehaben. Deren Folge ist ein vergleichsweise **hohes Preisniveau**, welches wiederum die **durchschnittlichen Nominaleinkommen** auf ein unterdurchschnittliches Niveau bei den Realeinkommen absinken lässt. In Thüringen ist dieser Regionstyp nicht vertreten.

Regionstyp 3: Nominal und real guter Durchschnitt

Zwei Drittel aller deutschen Regionen nominal und real guter Durchschnitt

Dieser Regionstyp ist dadurch gekennzeichnet, dass einem **durchschnittlichen Niveau bei den Nominaleinkommen** ein ebenfalls **durchschnittliches Niveau bei den Realeinkommen** gegenübersteht. Etwa drei Fünftel aller Regionen in Deutschland lassen sich diesem Typ zuordnen.

Das beigefügte Kartenbild zeigt deutlich, dass sich die überwiegende Mehrheit dieser Regionen in Westdeutschland befindet. Bezogen auf Ostdeutschland gehören in Thüringen verhältnismäßig viele Regionen diesem Typ an. Hierzu zählen im Freistaat die Kreise Greiz, Sonneberg, Schmalkalden-Meiningen/Suhl, sowie Wartburgkreis/Eisenach. Allen diesen Regionen ist gemeinsam, dass sie in der Nähe der alten Bundesländer liegen und in einem Großteil der Fälle durch kurze Pendeldistanzen zu Arbeitsstätten in den alten Bundesländern relativ hohe Einkommen erzielt werden können.

Regionstyp 4: Doch nicht Spitze

Hohe Preise lassen Realeinkommen sinken

Lediglich eine kleine Gruppe von Regionen gehört bundesweit diesem Typ an. Ihnen allen ist eigen, dass dort ein **überdurchschnittliches Nominaleinkommen** aufgrund des dort vorherrschenden **sehr hohen Preisniveaus** auf ein nur noch durchschnittliches Realeinkommen herabgedrückt wird. Zu diesem Regionstyp zählen die bayerische Landeshauptstadt München sowie die sie umgebenden Landkreise Fürstentumbruck, Ebersberg, Dachau und Bad Tölz-Wolfratshausen. Auch die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart mit seinen Nachbarkreisen Esslingen, Böblingen und Reutlingen gehören diesem Regionstyp an. Ferner noch Ulm, die Stadt Heilbronn, Heidelberg, der Landkreis Offenbach, Düsseldorf und Stormarn.

Regionstyp 5: Kompensation:

Durchschnittliche Realeinkommen durch niedrige Preise

Auch diesem Typ gehört nur eine kleine Gruppe von Regionen an. Im Gegensatz zum vorgenannten liegen aber alle in Ostdeutschland. Thüringen ist hier durch den Landkreis Sömmerda vertreten. Allen 14 Regionen ist gemeinsam, dass sie nur ein **unterdurchschnittliches Nominaleinkommen** aufweisen. Das dort vorherrschende **niedrige Preisniveau** führt jedoch zu einer Kompensation dergestalt, dass das Realeinkommen auf ein durchschnittliches Niveau angehoben wird.

Regionstyp 6: Überkompensation

Kennzeichnend für alle diesem Typ angehörigen Regionen ist, dass ein **durchschnittliches Nominaleinkommen** auf ein **niedriges Preisniveau** trifft. Das Ergebnis ist ein überdurchschnittliches Realeinkommen. Diese Überkompensation tritt zum einen in peripher gelegenen Landkreisen wie den Hohenlohekreis, den Lahn-Dill-Kreis oder Kronach, aber auch in Städten wie Wuppertal und Bielefeld auf. Es handelt sich ausschließlich um westdeutsche Regionen.

Überkompensation ausschließlich in westdeutschen Regionen

Regionstyp 7: Weiterhin Spitze

Bundesweit weist etwa jede zehnte Region sowohl **überdurchschnittliche Nominal- als auch Realeinkommen** auf. Auch hier handelt es sich ausschließlich um Regionen in den alten Bundesländern.

Überdurchschnittliche Nominal- und Realeinkommen bundesweit in jeder zehnten Region

Die diesem Typ zurechenbaren Regionen weisen keine einheitliche Struktur auf. Zum einen handelt es sich um Städte wie Hamburg und Bremen, zum anderen liegen sie im Umfeld bedeutender Großstädte, wie etwa der Landkreis München oder der Hochtaunuskreis. In dieser Gruppe finden sich jedoch auch Regionen wie beispielsweise Minden-Lübbecke, Verden oder der Zollneralbkreis.

Etwa die Hälfte der diesem Typ angehörenden Regionen weist ein **hohes Preisniveau** auf. Anders als beim Regionstyp „Doch nicht Spitze“ führt dies jedoch hier nicht zu einem Absinken auf ein durchschnittliches Realeinkommensniveau. In der zweiten Hälfte dieser Regionen treffen sich gute Verdienstmöglichkeiten und **niedrige Preise**.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass bundesweit 68 Prozent der Regionen über ein durchschnittliches Realeinkommen verfügen. Insofern kann in mehr als zwei Dritteln der Regionen von gleichwertigen Lebensbedingungen gesprochen werden. Allerdings fällt auf, dass der Anteil an Regionen mit unterdurchschnittlichen Realeinkommen in den neuen Bundesländern deutlich höher ist als in den alten Bundesländern. Umgekehrt findet sich in Ostdeutschland keine einzige Region mit einem überdurchschnittlichen Realeinkommen.

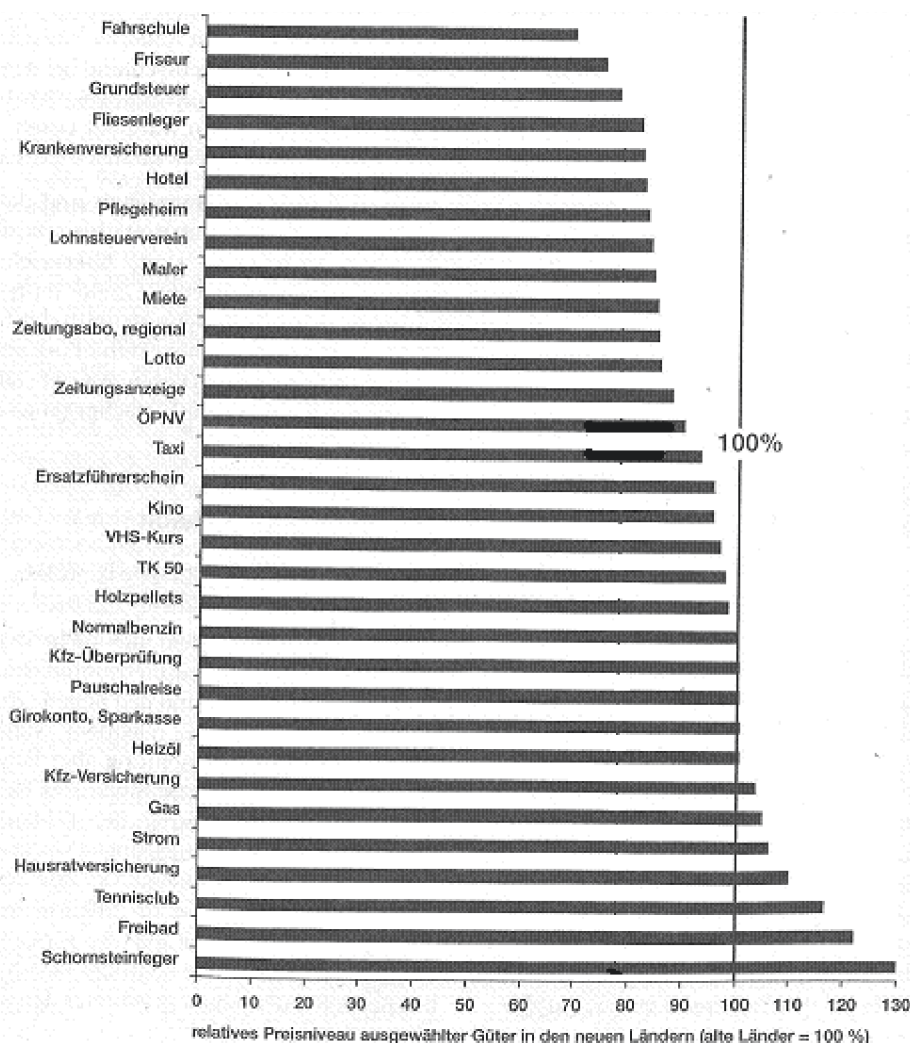
Regionstyp	Nominaleinkommen und Preisniveau	Kompensation	Realeinkommen
geringer Preiseffekt	unterdurchschnittliches Nominaleinkommen und vergleichsweise hohes Preisniveau	keine Kompensation	unterdurchschnittliches Realeinkommen
Attraktivität kostet	durchschnittliches Nominaleinkommen und vergleichsweise hohes Preisniveau	negative Kompensation	unterdurchschnittliches Realeinkommen
nominal und real guter Durchschnitt	durchschnittliches Nominaleinkommen und durchschnittliches Preisniveau	keine Kompensation	durchschnittliches Realeinkommen
doch nicht Spitze	überdurchschnittliches Nominaleinkommen und sehr hohes Preisniveau	negative Kompensation	durchschnittliches Realeinkommen
Kompensation	unterdurchschnittliches Nominaleinkommen und niedriges Preisniveau	positive Kompensation	durchschnittliches Realeinkommen
Überkompensation	durchschnittliches Nominaleinkommen und niedriges Preisniveau	positive Kompensation	überdurchschnittliches Realeinkommen
weiterhin Spitze	überdurchschnittliches Nominaleinkommen und hohes oder niedriges Preisniveau	keine Kompensation	überdurchschnittliches Realeinkommen

Ost-West-Vergleich

Ostdeutschland nicht durchgängig preisgünstiger

In den neuen Bundesländern ist es keineswegs durchgängig preisgünstiger als in den alten Bundesländern. Wie jedoch aus dem beigefügten Schaubild ersichtlich ist, kann die Mehrzahl der hier einbezogenen Güter im Osten billiger erworben werden als im Westen.⁴⁾ Gleichwohl ist dies nicht bei allen Gütern der Fall. So weisen z.B. in den neuen Bundesländern die Hausrat- und Kfz-Versicherung, Strom und Gas, die Eintrittskarte in das Freibad und das Entgelt des Schornsteinfegers ein höheres Preisniveau auf als in den alten Bundesländern. Umgekehrt werden in Ostdeutschland beispielsweise für den Friseur, die Krankenversicherung und die Miete im Durchschnitt deutlich günstigere Preise abverlangt als in Westdeutschland

Preisunterschiede ausgewählter Güter 2006 im Ost-West-Vergleich



Quelle: BBR Bonn 2008

4) Das Schaubild zeigt die relativen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auf. Dabei bezeichnet die 100-Prozent-Linie das Preisniveau in den alten Bundesländern. Nicht in das Schaubild einbezogen sind Güter, die bundesweit das gleiche Preisniveau aufweisen. Hierzu zählen beispielsweise Bücher, Tabakwaren, die Kraftfahrzeugsteuer, Gebühren für den Reisepass oder für die Erstaussstellung des Führerscheins, Telefon- und Portogebühren, die Haftpflicht-, Unfall- und Rechtsschutzversicherung, überregionale Zeitungen, Bahnfahrten sowie die GEZ-Gebühr für Radio und Fernsehen.

Das westdeutsche Preisniveau lag im Jahr 2006 bei einer einwohnergewichteten Betrachtung bei einem Durchschnittswert von 93,0.⁵⁾ Dagegen nahm das ostdeutsche Preisniveau einen Durchschnittswert von 88,6 und das Thüringer Preisniveau einen Durchschnittswert von 87,2 an.⁶⁾ Damit lag das ostdeutsche Preisniveau um 4,4 Punkte und das Thüringer Preisniveau um 5,8 Punkte unter dem entsprechenden westdeutschen Wert. In Prozentzahlen ausgedrückt war das Preisniveau somit in Ostdeutschland insgesamt um 4,7 Prozent und in Thüringen um 6,2 Prozent niedriger als in Westdeutschland.

**Thüringer Preise
unter westdeutschem
Niveau**

Im Jahr 2008 betrug der Median der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern 78,8 Prozent und in Thüringen 79,9 Prozent des Niveaus der alten Bundesländer. Vergleicht man diese Zahlen mit den entsprechenden Durchschnittswerten für das Preisniveau, so wird deutlich, dass von einer vollständigen Angleichung der Realeinkommen nicht ausgegangen werden kann. Gleichwohl trägt das im Osten günstigere Preisniveau zu einer teilweisen Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern bei. Dies gilt in besonderem Maße für den Freistaat Thüringen.

**Teilweise Angleichung
der Lebensverhält-
nisse zwischen Ost
und West**

Fazit

Die Berücksichtigung von Informationen zu regionalen Preisunterschieden in Deutschland führt bei den monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zu einer Annäherung zwischen den relativ ärmeren neuen Bundesländern und den relativ reicheren alten Bundesländern. Es kommt jedoch nicht zu einem vollständigen Ausgleich der bestehenden Unterschiede bei den Lebensverhältnissen. Gleichwohl mildert insbesondere in Thüringen das niedrigere Preisniveau das bestehende Einkommensgefälle.

**Preisniveau mildert
Einkommensgefälle**

5) Aktuelleres Zahlenmaterial ist für den regionalen Preisindex derzeit nicht verfügbar.

6) Entsprechend eigenen Berechnungen auf der Grundlage des Zahlenmaterials des BBSR.

